

Lagebericht

Grundlagen der Sparkasse und Geschäftsmodell

Die Sparkasse ist gemäß § 3 NSpG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Niedersachsen (SVN), Hannover, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV), Berlin und Bonn, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Göttingen unter der Nummer A 121632 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband im ehemaligen Landkreis Osterode am Harz, der von dem Landkreis Göttingen, der Stadt Osterode am Harz und der Stadt Bad Lauterberg im Harz gebildet wird. Das Geschäftsgebiet der Sparkasse umfasst den Bereich des ehemaligen Landkreises Osterode am Harz.

Unsere Sparkasse ist als Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Sparkassenverbandes Niedersachsen dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen. Dieses Sicherungssystem ist von der BaFin als Einlagensicherungssystem nach dem EinSiG anerkannt worden.

Organe der Sparkasse sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Der Vorstand besteht aus zwei Mitgliedern. Er leitet die Sparkasse in eigener Verantwortung und vertritt die Sparkasse gerichtlich und außergerichtlich. Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorsitzenden und 14 weiteren Mitgliedern. Der Verwaltungsrat berät den Vorstand und überwacht dessen Geschäftsführung.

Die Sparkasse ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung, der mittelständischen Wirtschaft sowie der öffentlichen Hand zu sichern, die finanzielle Eigenversorgung der Bürgerinnen und Bürger zu stärken und die Entwicklung der Region zu fördern. Dieser öffentliche Auftrag ist im Sparkassengesetz des Landes Niedersachsen niedergelegt und prägt unser gesamtes Geschäftsmodell. Wir handeln nicht ausschließlich gewinn-, sondern auch gemeinwohlorientiert.

Zum 31. Dezember 2017 unterhalten wir neben der Hauptstelle insgesamt neun Filialen, eine Direkt-Filiale und eine SB-Filiale.

Wir arbeiten rentabel, um unsere Kapitalbasis für die Zukunft zu stärken. Als Sparkasse fördern wir mit unserer Geschäftstätigkeit verlässlich die Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft und Lebensqualität in der Region.

Wir verwenden die Einlagen unserer Kunden zur Refinanzierung von Krediten an kleine und mittlere Unternehmen, private Personen und Kommunen in der Region. Wir ermöglichen auch wirtschaftlich schwächeren Personen die Teilnahme am Wirtschaftsleben, stellen Basis-Bankdienstleistungen für jedermann bereit und geben Kleinkredite zu fairen und verlässlichen Konditionen.

Wir verfolgen eine verantwortungs- und risikobewusste Geschäftspolitik. Wir refinanzieren uns hauptsächlich über unsere Einlagen oder im Interesse unserer Kunden bei Förderbanken. Wir kennen unsere Kunden persönlich und betreuen sie langfristig, deshalb fördern wir Investitionen mit Maß und Weitblick. Unsere geschäftspolitischen Ziele machen wir transparent. Wir verhalten uns fair und respektieren die Gesetze.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2017

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) beziffert das Wachstum der Weltproduktion 2017 auf 3,6% und damit 0,5 %-Punkte mehr als 2016.

Auch im Euroraum gewann die Erholung 2017 an Fahrt und kann inzwischen als ein fortgeschrittener Aufschwung bezeichnet werden. 2017 wurde mit einem Wachstum von 2,4 % ein Tempo erreicht, das über dem Potenzialwachstum liegt. Die Arbeitslosenquote konnte dadurch in den meisten Ländern abgebaut werden. Vor allem Spanien lag 2017 beim Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) deutlich über dem Schnitt trotz der Irritationen um den katalonischen Separatismus. Frankreich und Italien blieben unter dem Schnitt des Euroraums, konnten aber ihr Wachstumstempo ebenfalls steigern.

- im Bundesgebiet

Laut der ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes erreichte die deutsche Wirtschaft 2017 ein Wachstum von 2,2 %. Dieses wurde vor allem von der Binnenwirtschaft getragen, doch auch der deutsche Außenhandel konnte erneut einen Wachstumsanteil beisteuern. Sowohl die Exporte als auch die Importe erhöhten sich mit preisbereinigten Raten von 4,7 % bzw. 5,2 % sehr deutlich. 2017 war auch geprägt von einer verstärkten Investitionstätigkeit der Unternehmen, die jedoch erst recht spät im Jahresverlauf einsetzte, trotz der seit Jahren ungewöhnlich günstigen Finanzierungssituation. Die Bruttoanlageinvestitionen erhöhten sich real um 3,0 %, wovon die Ausrüstungsinvestitionen mit einem realen Zuwachs von 3,5 % den größten Anteil ausmachten. Der private Konsum hat sich 2017 real um 2,0 % ausgeweitet und ist somit in annähernd gleichem Tempo wie schon 2016 gewachsen; die Sparquote blieb konstant bei 9,7%. Die Zahl der Erwerbstätigen ist gegenüber dem Vorjahr um rund 1,5 % gestiegen, die Arbeitslosenquote dagegen ist im Jahresmittel 2017 auf 5,7 % und damit auf den niedrigsten Stand Gesamtdeutschlands seit der Wiedervereinigung gesunken.

- im Geschäftsgebiet

Für das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Niedersachsen wird für 2017 ein Wachstum von 2,2 % verzeichnet, welches damit auf dem Niveau Gesamt-Deutschlands liegt. Das positive Ergebnis ist vor allem auf den fortgesetzten Wachstumskurs des Bauhauptgewerbes sowie die dynamische Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes zurückzuführen. Den besonderen Herausforderungen für das südliche Niedersachsen hinsichtlich der ökonomischen und demografischen Situation soll mit Hilfe des Südniedersachsenprogramms gegengesteuert werden. Das von der Landesregierung gemeinsam mit der Region beschlossene Programm hat das Ziel, die Wirtschaftsstruktur in den nächsten Jahren zu stärken, zukunftsfähige Dörfer zu erhalten und die kulturelle und landschaftliche Attraktivität der Region als Wohnort, Wirtschaftsstandort und Tourismusziel zu steigern.

Die Arbeitslosenquote im ehemaligen Landkreis Osterode am Harz ist - auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen - von 6,5 % im Dezember 2016 auf 6,4 % im Dezember 2017 leicht gesunken und liegt damit weiterhin über dem bundesweiten Wert von 5,7 %.

Entwicklung der Kreditwirtschaft

Das Drei-Säulensystem der deutschen Kreditwirtschaft - bestehend aus Sparkassen, Genossenschafts- und Privatbanken, hat in den vergangenen Jahrzehnten dazu beigetragen, dass sich alle Kreditinstitute den Anforderungen eines wachsenden Wettbewerbs permanent anpassen mussten. Dieser Anpassungsdruck führte auch dazu, dass den Kunden in Deutschland qualitativ hochwertige Finanzdienstleistungen zu attraktiven Preisen angeboten werden. Der intensive Wettbewerb führte mit dem aggressiven Marktauftritt der Direktbanken zu Mittelabflüssen insbesondere bei Sparkassen, die als Marktführer eine besonders große Angriffsfläche bieten. Wir stellen uns diesem Wettbewerb mit dem aktiven Angebot einer multikanalen und ganzheitlichen, auf die persönlichen Wünsche und Anforderungen eines Kunden abgestellten Beratung sowie mit innovativen Anlageprodukten. So profitiert letztlich der Verbraucher von dem Wettbewerb, den die bewährten kreditwirtschaftlichen Strukturen in Deutschland ermöglichen.

Die Sparkassen-Finanzgruppe ist einerseits regional verwurzelt und dezentral organisiert; andererseits verfügt sie über einen leistungsstarken Verbund mit erfolgreichen überregionalen Partnern. Diese effiziente Arbeitsteilung ermöglicht es, unseren Kunden auch künftig die gesamte Breite der Finanzdienstleistungen flächendeckend anzubieten.

Entwicklung des Zinsniveaus

Im Jahr 2017 hat die EZB ihre Leitzinsen unverändert gelassen. Die Verzinsung für Guthaben der Geschäftsbanken auf der Einlagefazilität und für Überschussreserven lag damit noch immer bei der schon seit März 2016 geltenden Verzinsung von -0,4%. Auch die Ankaufprogramme von Wertpapieren wurden fortgesetzt, zunächst erfolgten Nettokäufe von 80 Mrd. Euro monatlich, ab April 2017 von 60 Mrd. Euro monatlich. Für 2018 hat die EZB die Fortsetzung ihres expansiven Kurses bereits angekündigt. Ihre Anleihekäufe wird sie bis mindestens September fortsetzen, wenn auch mit einem reduzierten monatlichen Kaufvolumen. Erst nach Ende der Netto-Käufe will sie an eine Änderung der Leitzinsen gehen.

Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2017

Auch in 2017 wurden vom Gesetzgeber Regulierungsmaßnahmen in Kraft gesetzt, die die Kreditwirtschaft weiter belasten.

Im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process - SREP) haben die BaFin und die Deutsche Bundesbank im Frühjahr 2016 die Grundzüge für die Festsetzung von Kapitalzuschlägen bei den Eigenmitteln der Kreditinstitute bekannt gegeben. Der SREP-Kapitalzuschlag dient der Unterlegung des Zinsänderungsrisikos sowie weiterer wesentlicher Risiken, die von der BaFin definiert werden. Daneben werden weitere Eigenmittelanforderungen zur Unterlegung von Risiken in Stresssituationen festgelegt. Die Deutsche Bankenaufsicht wird die SREP-Kapitalzuschläge für die unter ihrer Aufsicht stehenden Institute bis 2018 festsetzen. Kreditinstitute, die noch keinen SREP-Kapitalzuschlag erhalten haben, müssen bis zu diesem Zeitpunkt die Allgemeinverfügung zum Zinsänderungsrisiko beachten.

Die Sparkasse Osterode am Harz erhielt bereits im September 2016 einen Bescheid über die Festsetzung von SREP-Kapitalzuschlägen sowohl für das Zinsänderungsrisiko als auch für weitere wesentliche Risiken. Seit dem 31.12.2016 sind diese Zuschläge in den vierteljährlichen Eigenkapitalmeldungen der Sparkasse berücksichtigt worden. Mit einer Kernkapitalquote von 18,70 % zum 31.12.2017 ist die Einhaltung dieser zusätzlichen Eigenmittelanforderungen derzeit unkritisch.

Seit dem 30. Juni 2017 sind alle Kreditinstitute verpflichtet, im Rahmen des FINREP-Meldewesens quartalsweise umfangreiche Finanzdaten über die Deutsche Bundesbank an die Europäische Zentralbank einzureichen. Hierdurch wurde der Umfang der zu meldenden Daten deutlich erweitert. Für die Kreditinstitute ist somit ein deutlich höherer Ressourceneinsatz die Konsequenz.

Am 26. Juni 2017 ist das neue Geldwäschegesetz (GwG) in Kraft getreten. Das völlig neu systematisierte und im Umfang deutlich erweiterte Gesetz führt zu einem hohen Umsetzungsaufwand in den Kreditinstituten.

Die BaFin hat am 27. Oktober 2017 die seit langem erwartete finale Fassung der novellierten Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) vorgelegt. Das Rundschreiben tritt mit Veröffentlichung in Kraft. Während Klarstellungen umgehend anzuwenden sind, gilt für sogenannte Neuerungen eine Umsetzungsfrist bis 31. Oktober 2018.

Am 3. November 2017 hat die BaFin darüber hinaus Bankaufsichtliche Anforderungen an die IT von Banken (BAIT) veröffentlicht. Wie die Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Banken (MaRisk), interpretieren auch die BAIT die gesetzlichen Anforderungen des § 25a Absatz 1 Satz 3 Nr. 4 und 5 Kreditwesengesetz (KWG). Sie sind ab ihrer Veröffentlichung in Kraft und stellen den zentralen Baustein für die IT-Aufsicht über den Bankensektor in Deutschland dar.

Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

	Bestand	Veränderungen		
	31.12. Berichtsjahr Mio. EUR	Berichtsjahr Mio. EUR	Berichtsjahr %	Vorjahr %
Geschäftsvolumen*)	811,7	-29,5	-3,5	-1,3
Bilanzsumme	808,5	-29,2	-3,5	-1,2

*) Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten

Die Geschäftsentwicklung war im abgelaufenen Jahr insgesamt gesehen noch zufriedenstellend. Ursächlich für die deutlich rückläufige Entwicklung von Geschäftsvolumen und Bilanzsumme war in erster Linie die Reduzierung der Kreditinanspruchnahme unserer kommunalen und gewerblichen Kunden.

Die Sparkasse ist das größte Kreditinstitut im ehemaligen Landkreis Osterode am Harz. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten wir die Marktführerschaft im Geschäftsgebiet behaupten.

Aktivgeschäft (einschließlich Passiv-Posten 1 unter dem Strich)

	Bestand	Veränderungen		
	31.12. Berichtsjahr Mio. EUR	Berichtsjahr Mio. EUR	Berichtsjahr %	Vorjahr %
Kundenkreditvolumen	453,4	-27,1	-5,6	-1,6
Darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	168,3	-6,8	-3,9	-4,6
Kommunalkredite	26,9	-23,6	-46,7	-4,5
Sonstige Kredite	258,2	3,3	1,5	1,2
Forderungen an Kreditinstitute	41,5	-21,1	-33,7	20,8
Wertpapiervermögen	255,7	0,3	0,1	-4,1

Kundenkreditvolumen

Im Jahr 2017 konnten wir entgegen unserer Erwartungen den Umfang des Kundenkreditvolumens nicht auf Vorjahresniveau stabilisieren. Mittelabflüsse waren überwiegend bei Kommunalkrediten sowie den grundpfandrechtlich gesicherten Kundenkrediten zu verzeichnen. Aufgrund der im langfristigen Vergleich historisch günstigen Konditionen nutzen die Privatkunden, ebenso wie die gewerblichen Kreditkunden, bevorzugt langfristige Kreditlaufzeiten. Die öffentlichen Haushalte nehmen überwiegend kurzfristige Mittel in Anspruch. Die neuen Kredit- und Darlehenszusagen in Höhe von 71,7 Mio. EUR übertrafen den Vorjahreswert von 67,5 Mio. EUR.

Forderungen an Kreditinstitute

Der Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute ist vor allem auf eine nur teilweise Wiederanlage von Fälligkeiten zurückzuführen.

Wertpapiervermögen

Zum Bilanzstichtag nahm der Bestand an Wertpapiereigenanlagen gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mio. EUR auf 255,7 Mio. EUR leicht zu. Mittel aus fälligen Wertpapieren sowie dem Verkauf von Anlagen in Höhe von insgesamt 42,3 Mio. EUR wurden dabei in festverzinsliche Anlagen reinvestiert.

Beteiligungen/Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der Sparkasse per 31.12.2017 von 7,2 Mio. EUR entfiel mit 6,5 Mio. EUR auf die Beteiligung am SVN (Sparkassenverband Niedersachsen). Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 1,2 Mio. EUR resultiert aus einer Abschreibung auf die Beteiligung am Sparkassenverband Niedersachsen (SVN).

Passivgeschäft

	Bestand	Veränderungen		
	31.12. Berichtsjahr Mio. EUR	Berichtsjahr Mio. Euro	Berichtsjahr %	Vorjahr %
Mittelaufkommen von Kunden (Passiva 2, 3 und 9)	625,1	-1,8	-0,3	4,4
Darunter:				
Spareinlagen	172,2	2,2	1,3	0,5
Eigenemissionen	19,7	-10,8	-35,4	-39,5
Termineinlagen	0,9	-16,7	-94,9	-39,5
Sichteinlagen	432,3	23,5	5,7	16,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	89,5	-29,0	-24,5	-25,0
Sonstige Passivposten (einschl. Eventualverbindlichkeiten und Rückstellungen)	20,6	-0,7	-3,3	-4,5
Eigene Mittel	76,5	1,9	2,5	4,5

Mittelaufkommen von Kunden

Das Mittelaufkommen von Kunden (einschließlich verbriefter und nachrangiger Verbindlichkeiten) reduzierte sich entgegen unserer Erwartungen im Vergleich zum Vorjahr leicht. Fälligkeiten bei den Eigenemissionen und Termineinlagen wurden insbesondere in Sichteinlagen und Wertpapiere umgeschichtet. Vor dem Hintergrund des weiterhin sehr niedrigen Zinsniveaus bevorzugten unsere Kunden liquide Anlageformen. Die Gesamtersparnis aller Kunden (bilanzwirksame Anlagen zuzüglich der Wertpapieranlagen) erhöhte sich etwas um 5,7 Mio. EUR.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich durch Rückführung der kurzfristigen Refinanzierungsmittel erneut deutlich.

Dienstleistungen und außerbilanzielle Geschäfte

Dienstleistungen

Auch wenn der erwartete Zuwachs im Wertpapiergeschäft nicht realisiert werden konnte, so stabilisierte sich der Umsatz auf hohem Niveau. Insgesamt waren Wertpapierumsätze in Höhe von ca. 102,4 Mio. EUR zu verzeichnen. Unsere Kunden bevorzugten die Anlage in Investmentfonds- und Immobilienfondsanteilen sowie in festverzinslichen Wertpapieren.

Die Nachfrage bei Immobilien konzentrierte sich auf selbst genutzte Objekte, vorrangig auf Einfamilienhäuser, bei leicht steigender Nachfrage nach Kapitalanlageobjekten. Es wurden insgesamt 43 (im Vorjahr 54) Objekte vermittelt.

Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 724 Bausparverträge mit einem Volumen von insgesamt 19,0 Mio. EUR abgeschlossen. Dabei konnte das Vorjahresergebnis sowohl bei den Stückzahlen als auch beim Volumen deutlich übertroffen werden.

Im Versicherungsgeschäft konnten 2.575 Verträge mit einer Beitragssumme von 4,9 Mio. EUR vermittelt werden. Damit wurden die sehr guten Ergebnisse des Vorjahres sowohl im Bereich der Vertragsanzahl als auch bei den Beitragssummen nicht erreicht.

Insgesamt sind wir mit Entwicklung unseres Provisionsgeschäftes zufrieden.

Wesentliche Baumaßnahmen und technische Veränderungen

Im Zusammenhang mit der Umsetzung unseres Vertriebskonzeptes haben wir in den letzten Jahren kontinuierlich in die räumliche und technische Ausstattung unserer Filialen investiert. Auch nach Schließung von insgesamt vier SB-Centern ist durch unser vorhandenes Filialnetz eine starke Präsenz in der Fläche gegeben. Des Weiteren ist unsere Direktfiliale in Betrieb gegangen.

Personal- und Sozialbereich

Die Gesamtzahl der Beschäftigten verringerte sich gegenüber dem Vorjahr von 236 auf 223, von denen 126 vollzeitbeschäftigt und 82 teilzeitbeschäftigt sowie 15 in der Ausbildung sind. Auch künftig verfolgen wir das Ziel einer sukzessiven und moderaten Personalreduzierung, um gravierende Einschnitte im Personalbereich zu vermeiden. Wir flankieren diesen Weg, indem wir unsere Geschäftsprozesse kontinuierlich optimieren. Um einen sozialverträglichen Stellenabbau zu erreichen, haben wir in den vergangenen Jahren zusätzliche Anreize für den Abschluss von Altersteilzeitverträgen geschaffen und in Einzelfällen älteren Beschäftigten Abfindungsangebote auf freiwilliger Basis unterbreitet, um ihnen den vorgezogenen Ruhestand zu ermöglichen.

Von den Mitarbeitern sind 183 in der Kundenberatung und -betreuung sowie in den Fachbereichen tätig, darunter 71 Mitarbeiter als Teilzeitkräfte. 15 Mitarbeiter absolvieren eine Ausbildung nach dem Berufsbild für Bankkaufleute.

Von den fünf Auszubildenden, die 2017 ihre Ausbildung mit Erfolg beendeten, haben wir vier in das Angestelltenverhältnis übernommen. Nach der derzeitigen Personalplanung zeichnet sich ab, dass bei entsprechender Qualifikation im kommenden Geschäftsjahr drei Auszubildende in das Angestelltenverhältnis übernommen werden können. Die Quote der Auszubildenden, gemessen am gesamten Personalbestand, betrug 6,73 %.

Unsere Mitarbeiter können attraktive Modelle der Arbeitszeit nutzen, von variablen Arbeitszeiten über Teilzeitarbeit bis zur Altersteilzeit. Von Altersteilzeitregelungen machen zurzeit sieben Mitarbeiter Gebrauch.

Im Mittelpunkt der Fortbildung unserer Mitarbeiter stand die weitere Verbesserung der Beratungsqualität. Ziel ist eine ganzheitliche und systematische Beratung, orientiert an den Zielen und Wünschen unserer Kunden. Angesichts der ständigen Weiterentwicklung der Sparkassengeschäfte und aufsichtsrechtlicher Anforderungen sowie permanenter technischer Wandlung bildeten im vergangenen Jahr Projekt- und Fachschulungen die Schwerpunkte unserer Personalentwicklung. Die Weiterbildungsmaßnahmen umfassten neben verhaltensorientiertem Training im verkäuferischen Bereich und speziellen Seminaren zur fachlichen Weiterbildung auch persönlichkeitsbildende Schulungen auf den Gebieten Führung und Kommunikation sowie Schulungen zur Steigerung der medialen Kompetenzen.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gebührt für ihren Einsatz und für die erbrachten Leistungen ein ausdrücklicher Dank.

Kundenbeziehungen

Die langjährige Beratung und Betreuung der Kunden durch kompetente Mitarbeiter unseres Hauses hat zu engen Verbindungen und zu einem ausgeprägten Vertrauensverhältnis zwischen unseren Kunden und der Sparkasse geführt, dieses ist eine wesentliche Voraussetzung für unseren geschäftlichen Erfolg.

Wir sind durch unser Filialnetz im gesamten Geschäftsgebiet präsent. Die Erreichbarkeit montags bis freitags von 8 bis 19 Uhr gibt mehr Zeit für individuelle Beratungsgespräche. Die Unabhängigkeit von Zeit und Ort ist ein weiterer Schritt in die Zukunft. Die Sparkasse Osterode am Harz verbindet ganz einfach die persönliche Beratung in der Filiale mit der Flexibilität

des Internets und bietet Service über viele Wege an: Ob persönlich, telefonisch, per Mail, Chat oder WhatsApp. Egal für welchen Weg sich unsere Kunden entscheiden, sie sind uns immer herzlich willkommen.

Wir engagieren uns für unsere Region. Helfen ist einfach.

Die Sparkasse Osterode am Harz sieht in ihrem Engagement die Verpflichtung, den Menschen in der Region über die Zusammenarbeit in Finanzfragen hinaus in vielen Lebensbereichen nahe zu sein und Hilfe zu leisten. Sie trägt damit einen unverzichtbaren Beitrag zur Entwicklung, Attraktivität und Lebensqualität in der Region. Dies geschieht vor allem in sozialer und gemeinnütziger Hinsicht. Im Jahr 2017 haben wir, gemeinsam mit der Stiftung der Sparkasse Osterode am Harz in gemeinnützige und soziale Projekte rund 102 TEUR investiert.

Beispielhaft seien einige geförderte Projekte genannt:

- Im Bereich Bildung die vielfältige Unterstützung der Kindergärten und Schulen unter anderem mit Spielgeräten für den Außen- und Innenbereich, der Förderung von Lernprojekten und dem Planspiel Börse.
- Im sozialen Bereich durch die Förderung des Theaterprojekts „Heimat“ zur Integration von Flüchtlingen, der Anne-Frank Ausstellung und der Ausstattung der Kinder- und Jugendfeuerwehren.
- Im kulturellen Bereich die Förderung der Niedersächsischen Musiktage in Bad Grund, die Veranstaltungen Kultur im Kreis, die Bad Lauterberger Musiktage und die Walkenrieder Kreuzgangkonzerte.
- Im Bereich des Sports die regionalen Sportvereine beim Osteroder Altstadtlauf, Etappenmarathon, SchoolsCup Beachvolleyball, Harzer Hexentrail und den Kreissportbund bei der Ausrichtung des Sportivationstages.
- Förderung des Umwelt- und Naturschutzes durch Unterstützung der Energieagentur Region Göttingen.

Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

Vermögenslage

Gegenüber dem Vorjahr ergaben sich keine bedeutsamen Veränderungen in den Strukturanteilen.

Sämtliche Vermögensgegenstände und Rückstellungen wurden vorsichtig bewertet. Die Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Einzelheiten sind dem Anhang zum Jahresabschluss, Abschnitt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, zu entnehmen.

Wir haben gemäß § 340f und § 340g HGB zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute zusätzlich Vorsorge getroffen.

In den bilanzierten Aktivwerten, insbesondere dem Wertpapierbestand, sind stille Reserven enthalten.

Nach der durch den Verwaltungsrat noch zu beschließenden Zuführung aus dem Bilanzgewinn wird die Sicherheitsrücklage 60,2 Mio. EUR betragen. Neben der Sicherheitsrücklage verfügen wir über einen Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 16,3 Mio. EUR sowie ergänzende Eigenkapitalbestandteile. Die Vermögenslage der Sparkasse ist geordnet.

Die gemäß CRR ermittelte Gesamtkapitalquote als Relation der Eigenmittel zum Gesamtrisikobetrag, bestehend aus Kreditrisiken, Marktrisiken und operationellen Risiken übertraf zum 31. Dezember 2017 mit 18,71 % (Vorjahr 17,37 %) den gesetzlich vorgeschriebenen Wert von 8 % und unseren intern als Mindestgröße festgelegten Wert von 13 % deutlich. Die Basis für eine zukünftige Geschäftsausweitung ist somit gegeben. Die Kernkapitalquote beträgt 18,70 % und übersteigt ebenfalls deutlich den gesetzlich vorgeschriebenen Wert von 6 %. Die Eigenmittelanforderungen wurden auch unter Berücksichtigung der Kapitalpuffer-Anforderung sowie der durch die BaFin im SREP festgelegten Kapitalzuschläge jederzeit eingehalten.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Zur Überwachung unserer Zahlungsbereitschaft bedienen wir uns kurz- und mittelfristiger Finanzpläne,

die - nach Monaten gestaffelt - die fälligen Geldanlagen und -aufnahmen sowie die statistisch aus der Vergangenheit entwickelten Werte des Kundengeschäfts enthalten. Ggf. werden die Plandaten in einem weiteren Schritt um Erfahrungs- und Zielwerte ergänzt. Größere Planabweichungen werden im Rahmen der für die Zinsbuchsteuerung vorgenommenen Analysen identifiziert und zusammen mit neueren Erkenntnissen und Informationen in den turnusmäßig zum Quartalsende zu erstellenden Finanzplänen entsprechend berücksichtigt. Der Zeitraum der Finanzplanung beginnt jeweils am 1. des Folgequartals und endet zum Jahresultimo des 5. Folgejahres.

Die eingeräumten Kredit- bzw. Dispositionslinien bei der Norddeutschen Landesbank wurden teilweise in Anspruch genommen.

Das zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften notwendige Guthaben wurde in der erforderlichen Höhe bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Das Angebot der Europäischen Zentralbank zu Refinanzierungsgeschäften in Form von Offenmarktgeschäften (Hauptrefinanzierungsgeschäfte) wurde nicht genutzt. Es wurden kurzfristige Refinanzierungsgeschäfte in Form von Tages- und Termingeldaufnahmen bei Kreditinstituten vorgenommen.

Die Vorschriften zur Einhaltung der Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung (LiqV) waren stets erfüllt. Im Jahresverlauf bewegte sich die Auslastung der Liquiditätskennziffer in einer Bandbreite zwischen 1,82 und 2,59 deutlich über dem vorgeschriebenen Mindestwert von 1,00. Die Liquiditätskennziffer (31.12.2017: 2,41) lag somit im Berichtsjahr durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,50. Auch die Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio - LCR) lag mit 1,19 bis 2,14 ebenfalls oberhalb des im Jahr 2017 zu erfüllenden Mindestwerts von 0,80 (31.12.2017: 2,14). Damit ist die Liquidität, wie auch im gesamten Geschäftsjahr 2017, als ausreichend anzusehen. Weitere Angaben zu den Liquiditätsrisiken enthält der Risikobericht.

Nach unserer Finanzplanung ist die Zahlungsbereitschaft auch für die absehbare Zukunft gesichert.

Ertragslage

Darstellung nach der Gewinn- und Verlustrechnung:	Berichtsjahr Mio. EUR	Vorjahr Mio. EUR
Zinsüberschuss (einschließlich GV-Position 3, 4 und 17)	17,6	18,9
Provisionsüberschuss	6,7	6,6
Verwaltungsaufwand	-17,6	-17,5
a) Personalaufwand	(-12,3)	(-11,6)
b) Sachaufwand	(-5,3)	(-5,9)
Nettoergebnis des Handelsbestandes	0,0	0,0
sonstige ordentliche Erträge und Aufwendungen	-0,6	-0,6
Ergebnis vor Bewertung	6,1	7,4
Bewertungsergebnis	-1,8	-2,2
Ergebnis nach Bewertung	4,3	5,2
Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	-1,6	-2,8
Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0
Steuern	-2,4	-2,1
Jahresüberschuss und Bilanzgewinn	0,3	0,3

Der im Berichtsjahr entsprechend unserer Erwartungen gesunkene **Zinsüberschuss** ist weiterhin die wichtigste Ertragsquelle unseres Geschäfts. Insgesamt haben sich die Zinserträge deutlich stärker reduziert als die Zinsaufwendungen. Das historisch niedrige Zinsniveau wirkt sich negativ auf den Zinsüberschuss aus, da auslaufende Festzinsvereinbarungen im Kreditgeschäft und Mittel aus fälligen Wertpapieren nur zu deutlich niedrigeren Konditionen verlängert bzw. angelegt werden konnten.

Der **Provisionsüberschuss** konnte erwartungsgemäß leicht gesteigert werden. Gestiegene Erträge ergaben sich insbesondere aus dem Investmentfondsgeschäft und dem Giroverkehr. Niedrigere Provisionen waren u. a. im Versicherungs-, Wertpapier- und Immobiliengeschäft zu verzeichnen.

Der **Verwaltungsaufwand** hat sich entsprechend unserer Prognose gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht. Die Erhöhung des Personalaufwandes konnten wir planmäßig in vertretbaren Grenzen halten. Durch die Nutzung von Einsparpotenzialen und Prozessoptimierungen konnte der Sachaufwand reduziert werden. Im Ergebnis überstieg der Verwaltungsaufwand wie erwünscht nur geringfügig den Vorjahreswert. Der negative Saldo aus den sonstigen **ordentlichen Erträgen und Aufwendungen** blieb im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Im Saldo sind insbesondere eine Sonderumlage des Sparkassenverbandes Niedersachsen (SVN) und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen enthalten.

Das **Ergebnis vor Bewertung** liegt deutlich unter dem Vorjahreswert.

Das **Bewertungsergebnis** stellte im Berichtsjahr eine Belastung der Ertragslage dar. Notwendige Abschreibungen auf Kredite, Wertpapiere und Beteiligungen konnten nur teilweise durch positive Bewertungsergebnisse aufgefangen werden. Dem Fonds für allgemeine Bankrisiken wurden 1,6 Mio. EUR zugeführt.

Wir weisen einen gegenüber dem Vorjahr unveränderten **Jahresüberschuss** aus. Das bilanzielle Ergebnis und die vorhandenen Eigenmittel sichern den notwendigen Kernkapitalbedarf der Sparkasse, der für ihre Geschäftsentwicklung notwendig ist.

Die gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG offenzulegende Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,04 %.

Zur weiteren Analyse der Ertragslage unseres Hauses setzen wir für interne Zwecke den so genannten „Betriebsvergleich der Sparkassen-Finanzgruppe“ ein, in dem eine detaillierte Aufspaltung und Analyse des Ergebnisses unserer Sparkasse in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme erfolgt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Auf dieser Basis beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung 0,78 % (Vorjahr 0,85 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme des Jahres 2017; es lag damit deutlich über dem Planwert von 0,64 %. Die auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung eingesetzten Zielgrößen Cost-Income-Ratio (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen) und Risikoaufwandsquote (Verhältnis vom Bewertungsergebnis zum Betriebsergebnis vor Bewertung) haben sich wie folgt entwickelt: Die Cost-Income-Ratio lag mit 72,74 % (Planwert 77,13 %) auf Höhe des Vorjahreswertes von 72,77 %. Die Risikoaufwandsquote verschlechterte sich von 2,13 % auf 20,57 %. Der Planwert für 2017 von 49,30 % konnte deutlich unterschritten werden.

Das errechnete **Betriebsergebnis vor Bewertung** unserer Sparkasse ist - auch im Vergleich mit den niedersächsischen Sparkassen ähnlicher Größenordnung -, ebenso wie auch das Betriebsergebnis nach Bewertung, als befriedigend zu bezeichnen.

Die wirtschaftliche Lage der Sparkasse ist im Geschäftsjahr 2017 aufgrund der genannten Faktoren insgesamt gesehen zufriedenstellend. Die Sparkasse verfügt über geordnete Finanz- und Vermögensverhältnisse und eine Ertragskraft, die es erlauben wird, das für eine stetige Geschäftsentwicklung erforderliche Eigenkapital zu erwirtschaften. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, dass die Sparkasse ihren Kunden auch künftig in allen Finanz- und Kreditangelegenheiten ein leistungsstarker Geschäftspartner sein kann.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Risikobericht

Grundlagen

Der Erfolg bankbetrieblicher Tätigkeit steht in einer engen Wechselbeziehung zu den eingegangenen Risiken. Das Erwirtschaften risikoloser Gewinne über einen längeren Zeitraum ist kaum möglich. Diese Tatsache macht es erforderlich, im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit Risiken einzugehen. Risiken sind somit Bestandteil unserer Geschäftstätigkeit und bedeuten gleichzeitig Gefahr, aber auch notwendige Voraussetzung für den unternehmerischen Erfolg.

Ein systematisches institutionalisiertes Risikomanagement nimmt in der Geschäftspolitik unserer Sparkasse einen hohen Stellenwert ein. Maßgebliche Bestandteile unseres Risikomanagements sind die Festlegung von Strategien sowie die Einrichtung von Prozessen zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung sowie zur Kommunikation von Risiken.

Geschäfts- und Risikostrategie

Das Geschäftsmodell der Sparkasse Osterode am Harz basiert auf der regionalen Verankerung, ihrer gemeinwohlorientierten Geschäftsphilosophie und der Zusammenarbeit im Verbund. Wir agieren unternehmerisch, betreiben dabei aber eine Geschäftspolitik, die sich am Bedarf der Menschen vor Ort ausrichtet. Unsere Produktauswahl, unser Service und unsere Risikosteuerung profitieren von dieser hohen Kundennähe. Ein zusätzlicher Effizienzgewinn entsteht aus der Kooperation mit den Verbundunternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe, die gezielt Leistungen z. B. in den Bereichen Anlage, Bausparen, Vorsorge oder bei komplexen Kreditlösungen zur Verfügung stellen.

Für die Sparkasse Osterode am Harz steht die weitere Verbesserung der betriebswirtschaftlichen Grundlagen im Mittelpunkt der Geschäftspolitik. Solide betriebswirtschaftliche Fundamente sind die Voraussetzung, dass die Sparkasse ihren öffentlichen Auftrag erfüllen kann.

Ausgehend von diesem Leitbild hat der Vorstand die strategische Ausrichtung der Geschäftstätigkeit der Sparkasse unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit in einer Geschäfts- und in einer Risikostrategie festgelegt sowie hieraus geschäftsfeldbezogen verschiedene Teilrisikostrategien abgeleitet.

Grundlage der Überarbeitung der **Geschäftsstrategie** bildet eine Analyse des Umfeldes unserer Sparkasse. Diese berücksichtigt sowohl externe Einflussfaktoren (z. B. Marktentwicklung, Wettbewerbssituation, regulatorisches Umfeld) sowie interne Einflussfaktoren (z. B. Ertrags- und Vermögenslage, Risikolage und -tragfähigkeit, Liquidität, personelle und technisch-organisatorische Ressourcen).

Aus der Umfeldanalyse werden die strategischen Handlungsfelder abgeleitet, welche die Basis für die Überprüfung der strategischen Ziele sowie die Leitplanken für die separate Risikostrategie bilden. Die in der Geschäftsstrategie niedergelegten Ziele werden so formuliert, dass eine sinnvolle Überprüfung der Zielerreichung möglich ist. Die Ursachen für etwaige Abweichungen werden analysiert.

Die **Risikostrategie** ist Grundlage für die Steuerung und Überwachung der Risiken und bildet die Basis für einen betriebswirtschaftlichen Umgang mit allen wesentlichen Risikoarten.

Sie berücksichtigt die in der Geschäftsstrategie niedergelegten Ziele und Planungen der wesentlichen Geschäftsaktivitäten. Zur Unterlegung der Risiken wird regelmäßig das Risikodeckungspotenzial der Sparkasse ermittelt, dass der ökonomischen Absicherung möglicher Verluste dient.

Grundsätzliches Ziel ist die Erhöhung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse. Auf Basis der Risikotragfähigkeitsbetrachtung stellen wir die Risikostrategie auf, in der auch die Risikopräferenz und die von uns als wesentlich eingestufteten Risiken festgelegt sind. Hierbei handelt es sich um das Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiko sowie die operationellen Risiken. Dabei sind die Adressenausfall- und Marktpreisrisiken untergliedert in die Teilstrategien zum Kreditrisiko, zum

Eigengeschäftsrisiko, zum Beteiligungsrisiko, zum Zinsänderungsrisiko/Zinsspannenrisiko und zum Wertänderungsrisiko von Eigenhandelsgeschäften.

Das Risikomanagement hat das vorrangige Ziel, Risiken des Sparkassenbetriebs transparent und dadurch steuerbar zu machen mit dem Zweck, die Risiken zu managen. Risiken werden auf ein vertretbares Maß beschränkt, um die Vermögens- und Ertragssituation der Sparkasse nicht zu gefährden.

In unserer geschäftspolitischen Zielsetzung kommt zum Ausdruck, dass Risiken mit

- günstigem Chance-/Risikoprofil bewusst eingegangen werden,
- ungünstigem Chance-/Risikoprofil zu kompensieren und zu vermindern sind,
- vertretbarem potenziellen Schaden akzeptiert werden.

Über die jeweiligen Ziele bzw. Teilstrategien im Zusammenhang mit den einzelnen Risikoarten wird in späteren Abschnitten berichtet.

Risikomanagement

Organisation

Die Zuständigkeiten für das Risikomanagement sind eindeutig geregelt. Der Gesamtvorstand beschließt die Risikoausrichtung einschließlich der anzuwendenden Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -steuerung, -überwachung und -kommunikation. Er trägt die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement. Der bankaufsichtsrechtlich geforderten Funktionstrennung zwischen dem Markt- und dem Marktfolgebereich trägt unsere Sparkasse sowohl bei der Abwicklung von Handelsgeschäften als auch im Kreditgeschäft auf allen Ebenen Rechnung.

Die für die Überwachung und Steuerung von Risiken zuständige Risikocontrolling-Funktion wird durch Mitarbeiter der Bereiche Unternehmenssteuerung, Marktfolge/Consult und Vorstandsstab wahrgenommen, die organisatorisch von den Marktbereichen getrennt sind. Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion obliegt dem Leiter der Abteilung Controlling. Dieser ist bei wichtigen risikopolitischen Entscheidungen des Vorstands zu beteiligen. Zu den Aufgaben der Risikocontrolling-Funktion gehören u. a. die Unterstützung des Vorstands in allen risikorelevanten Fragen, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Risikostrategie sowie bei der Ausgestaltung eines Systems zur Begrenzung von Risiken, die Durchführung der Risikoinventur und Erstellung des Gesamtrisikoprofils, die Unterstützung des Vorstands bei der Einrichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und Controllingprozesse, die Einrichtung und Weiterentwicklung eines Systems von Risikokennzahlen und eines Risikofrüherkennungsverfahrens, die laufende Überwachung der Risikosituation des Instituts bzw. Überwachung der Risikotragfähigkeit und der Einhaltung der Limite und die regelmäßige Erstellung der Risikoberichte für den Vorstand. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats kann nach der Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat unter Einbeziehung des Vorstands direkt Auskünfte bei dem Leiter der Risikocontrolling-Funktion einholen.

In den Ausschüssen der Sparkasse (Steuerungsausschuss, Treasuryausschuss) werden - sowohl regelmäßig als auch anlassbezogen - u. a. Themen des Risikomanagements behandelt und diskutiert sowie Entscheidungen für das bilanzielle und außerbilanzielle institutionelle Geschäft bis auf Einzelgeschäftsebene - auch unter Risikogesichtspunkten - getroffen. Die Vorschläge zur Festlegung der Zinsmeinung der Sparkasse durch den Vorstand werden von Mitgliedern dieser Ausschüsse vorbereitet.

Für den Abschluss und die Genehmigung von Geschäften gelten eindeutige Kompetenzregelungen. Vor Einführung neuer Produkte und vor Geschäftsabschluss in neuen Märkten sind geregelte Einführungsprozesse zu durchlaufen, sofern mit ihnen wesentliche Prozess- bzw. Strukturveränderungen verbunden sind.

Der Vorstand hat eine Compliance-Funktion eingerichtet. Die Mitarbeiter nehmen die Aufgaben im Zusammenhang mit der Verhinderung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie sonstiger strafbarer Handlungen und mit der Compliance-Funktion gemäß WpHG wahr. Die Compliance-Beauftragte ist unmittelbar dem Vorstand unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig.

Die Interne Revision gewährleistet als Instrument des Vorstands die unabhängige Prüfung und Beurteilung sämtlicher Aktivitäten und Prozesse. Sie achtet dabei insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements. Neben der laufenden Berichterstattung werden der Vorstand und der Verwaltungsrat vierteljährlich informiert.

Prozesse

Basis der Prozesse des Risikomanagements bildet das Risikohandbuch, das aus einer Bestandsaufnahme und Bewertung sämtlicher erkennbarer Risiken hervorgegangen ist (Risikoinventur). Das Risikohandbuch wird zeitnah angepasst. Im Risikohandbuch sind die Instrumente der Risikoeerkennung sowie die eingesetzten Risikomessverfahren, die Risikosteuerung, die Risikoüberwachung und die Berichtspflichten in komprimierter Form beschrieben. Darüber hinaus sind die organisatorischen Einheiten, die an den Prozessen des Risikomanagements beteiligt sind, definiert. Grundsatz ist, dass jedes Risiko, abhängig von der Bedeutung für die Sparkasse, in geeigneter Weise laufend gesteuert und überwacht wird. Wo dies sinnvoll ist, sind Schwellenwerte festgelegt, bei deren Über- bzw. Unterschreitung ggf. Maßnahmen zur Risikominderung zu ergreifen sind.

Im Rahmen des Risikomanagements werden neben der Steuerung und der Überwachung von Risiken in regelmäßigen Abständen periodenorientierte Risikotragfähigkeitsanalysen nach einem Going-Concern-Ansatz durchgeführt. Als Risiko wird in dieser Sichtweise eine negative Abweichung von den Erwartungswerten verstanden. Die Ermittlung der Risiken erfolgt rollierend auf einen Planungshorizont von jeweils einem Jahr. Unter Berücksichtigung der laufenden Ergebnisprognose, der bilanziellen Eigenkapitalbestandteile sowie der vorhandenen Reserven werden unter Beachtung aufsichtsrechtlicher Eigenmittelerfordernisse das Risikodeckungspotential abgeleitet und daraus Limite für die wesentlichen Risikoarten abgeleitet. Auf die Limite werden die unerwarteten Verluste angerechnet. Die erwarteten Verluste werden bei der Ermittlung des Risikodeckungspotenzials berücksichtigt.

Für die wesentlichen Risiken werden regelmäßig angemessene Stresstests durchgeführt. Dabei werden unwahrscheinliche, aber plausibel mögliche Ereignisse abgebildet. Bei den Stresstests werden auch die Auswirkungen eines schweren konjunkturellen Abschwungs analysiert sowie ein inverser Stresstest durchgeführt. Die Stresstests berücksichtigen dabei auch Risikokonzentrationen. Diversifikationseffekte, die das Gesamtrisiko mindern würden, werden nicht berücksichtigt.

Neben der periodenorientierten Risikosteuerung werden Erkenntnisse aus der wertorientierten Sichtweise verwendet. Aus aufsichtsrechtlicher Sicht haben Kapitalquoten, Liquiditätskennziffern und der Basel II-Zinsschockwert sowie das mit ihm in Verbindung stehende Prüfkriterium der Aufsicht (Einhaltung der Regelvermutung) eine wesentliche Bedeutung. Die Wirksamkeit der zur Risikoabsicherung und -minderung getroffenen Maßnahmen wird insbesondere anlässlich der jährlichen Überprüfung der Strategien danach beurteilt, ob die festgelegten Ziele erreicht worden sind. Darüber hinaus werden bereits unterjährig geeignete Maßnahmen ergriffen, soweit sich Entwicklungen abzeichnen, die den Planungen zuwiderlaufen oder markante Risikoerhöhungen mit sich bringen bzw. erwarten lassen.

Die Sparkasse hat einen Prozess zur Planung des zukünftigen Kapitalbedarfs eingerichtet. Der Planungsprozess erfasst einen Zeitraum von fünf Jahren. Aufgrund der erwarteten Geschäftsentwicklung bzw. der prognostizierten Ertragsentwicklung plant die Sparkasse sowohl die Entwicklung der regulatorischen als auch der wirtschaftlichen Eigenmittel. Aus den Plandaten lassen sich insbesondere die zukünftige Erfüllung der Kapitalquoten nach der CRR sowie das zukünftig zur Abdeckung von Risiken in der Risikotragfähigkeit zur Verfügung stehende interne Kapital ermitteln. Darüber hinaus werden u. a. adverse Entwicklungen (durch die Verfehlung der prognostizierten Werte z. B. aufgrund von Veränderungen der Geschäftstätigkeit oder des wirtschaftlichen Umfelds) simuliert.

Risikokategorien

Entsprechend dem Risikohandbuch der Sparkasse werden als wesentliche Risiken das Adressenausfallrisiko (Kundenkredite, Eigengeschäft, Beteiligungen), das Marktpreisrisiko (Zinsänderungsrisiko, Eigenhandel), das Liquiditätsrisiko und das operationelle Risiko unterschieden.

Adressenausfallrisiko

Ihrer Aufgabenstellung entsprechend ist für unsere Sparkasse vor allem das Adressenausfallrisiko im Kundenkreditgeschäft von Bedeutung. Zusätzlich ist das Adressenausfallrisiko bei Beteiligungen sowie bei Eigenanlagen zu berücksichtigen.

Unter dem **Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft** verstehen wir die Gefahr, dass ein Kreditnehmer die ihm gewährten Kredite nicht bzw. nur eingeschränkt oder nicht vollständig vertragsgemäß zurückzahlen kann oder will.

Zur Steuerung auf Basis der geschäftspolitischen Ausrichtung hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Risikostrategie festgelegt.

In der Risikostrategie wird zunächst das Kreditportfolio nach den wesentlichen strukturellen Merkmalen (z. B. Größenklassen, Branchen, Sicherheiten, Risikoklassen) analysiert. Daraufhin werden in der Risikostrategie Aussagen zur angestrebten Zusammensetzung, Diversifizierung und Entwicklung des Portfolios getroffen. Insbesondere wird auf eine angemessene Streuung nach Branchen, Risiko-, Größenstruktur und Einzelrisiken abgestellt. Ferner gibt sie vor, wie die Steuerung erfolgt und welche Maßnahmen zur Risikominderung zu ergreifen sind.

Im Rahmen dieser Strategie werden Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Risikopositionen festgelegt, die schwerpunktmäßig Bonitätsbegrenzungen und Strukturvorgaben für das Kreditneugeschäft betreffen.

Ferner hat der Vorstand Organisationsrichtlinien erlassen, in denen die wesentlichen Grundsätze für die Vergabe und Bearbeitung von Krediten niedergelegt sind. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer.

Zum 31.12.2017 wurden im **Kundenkreditgeschäft** (inkl. Schuldscheindarlehen) etwa 42 % der zum Jahresende ausgelegten Kreditmittel an Unternehmen und wirtschaftliche selbstständige Privatpersonen vergeben, 51 % an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen.

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich auch im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Den Schwerpunktbereich (ohne Betrachtung Privatkunden, Kreditinstitute und öffentliche Haushalte) bilden mit 4,9 % des **Gesamtkreditvolumens** im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG die Ausleihungen an Unternehmen des Grundstücks- und Wohnungswesens, gefolgt vom verarbeitenden Gewerbe mit 4,2 % und der Branche Kredit- und Versicherungsgewerbe mit 3,6 %.

Die **Größenklassenstruktur des Gesamtkreditvolumens** im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG zeigt insgesamt eine breite Streuung des Ausleihgeschäfts, aber 36,6 % entfallen auf Kreditengagements mit einem Kreditvolumen von mehr als 5 Mio. EUR, wobei davon nur 6,9 % das Kundenkreditgeschäft betreffen und insgesamt 29,3 % auf Wertpapiere und Kredite an Kreditinstitute entfallen.

Das Länderrisiko, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung.

Für die Risikoklassifizierung setzen wir insbesondere die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Mit diesen Verfahren werden die einzelnen Kreditnehmer zur Preisfindung und zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios entsprechend ihrer individuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelnen Ratingklassen zugeordnet. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse die Adressenrisiken im Kreditgeschäft.

Zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios werden die gerateten Kreditnehmer einzelnen Ratingklassen zugeordnet. Das Gesamtrisiko unseres Kreditportfolios wird auf der Grundlage der Risikoklassifizierungsverfahren ermittelt. Den einzelnen Risikoklassen werden jeweils vom DSGV validierte Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Die Verlustverteilung des Kreditportfolios wird in einen "erwarteten Verlust" und einen "unerwarteten Verlust" unterteilt. Der "erwartete Verlust" als statistischer Erwartungswert wird im Rahmen der Kalkulation als Risikoprämie in Abhängigkeit von der ermittelten Ratingstufe und den Sicherheiten berücksichtigt. Der "unerwartete Verlust" (ausgedrückt als Value at Risk) spiegelt die möglichen Verluste wider, die unter Berücksichtigung eines festgelegten Konfidenzniveaus innerhalb der nächsten zwölf Monate voraussichtlich nicht überschritten werden. Mit Hilfe dieser Informationen werden auch die Veränderungen des Kreditportfolios analysiert.

Zum 31.12.2017 war fast das vollständige Gesamtkreditvolumen im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG im Risikobewertungssystem erfasst. Davon waren 94,3 % der Risikogruppe I (Kredite ohne erkennbare besondere Risiken) zugeordnet. Die Anteile der Kredite mit erhöhten Risiken betragen 3,6 %, die Kredite mit Ausfallrisiken beliefen sich auf 1,5 %.

Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer, bei deren Engagements sich erhöhte Risiken abzuzeichnen beginnen, setzen wir das "OSPlus-Frühwarnsystem" ein. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine Früherkennung von Kreditrisiken ermöglichen.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung). Kritische Kreditengagements werden von spezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betreut (Problemkredite). Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass die fälligen Zins- und Tilgungszahlungen voraussichtlich nicht gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen erbracht werden können. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt.

Von dem Gesamtbetrag an Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen entfällt der überwiegende Teil auf Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Personen. Die Direktabschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen, Kredite in Verzug (ohne Wertberichtigungsbedarf) und Nettozuführungen/Auflösungen von EWB entfallen nahezu ausschließlich auf im Inland ansässige Privatpersonen und Unternehmen. Der Anteil von Forderungen in Verzug (ohne Wertberichtigungen) außerhalb Deutschlands ist von untergeordneter Bedeutung. Wechselkursbedingte und sonstige Veränderungen lagen zum Berichtsstichtag nicht vor.

Entwicklung der Risikovorsorge:

Art der Risikovorsorge	Anfangsbestand per 01.01.2017	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Endbestand per 31.12.2017
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
EWB	6.011	818	1.364	223	5.242
Rückstellungen	77	-	1	-	76
PWB	279	-	121	-	158
Gesamt	6.367	818	1.486	223	5.476

Tolerierte Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio aufgrund der regionalen Begrenzung des Kundenkreditgeschäfts hinsichtlich der Kreditsicherheiten bei Grundpfandrechten auf belasteten Immobilien in der Region und der örtlichen Streuung des Kundenkreditvolumens.

Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio weiterhin bei Ausleihungen an einzelne Kreditnehmer im Kundenkreditgeschäft bei mehr als 3 Mio. EUR Gesamtkreditvolumen je Gruppe verbundener Kunden. Um diese Konzentrationen zu begrenzen, haben wir Grenz- bzw. Schwellenwerte festgelegt.

Insgesamt ist unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratingklassen gut diversifiziert. Die Adressenausfallrisiken entwickelten sich in 2017 nahezu konstant. Das Bewertungsergebnis Kreditgeschäft hat sich in 2017 zum siebten Mal in Folge positiv gestaltet.

Die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen.

Das **Adressenausfallrisiko aus Eigengeschäften** kann für die Sparkasse in den Geschäftsfeldern Depot A und Interbankengeschäft schlagend werden. Es besteht die Gefahr von Bonitätsverschlechterungen sowie dem Ausfall von Emittenten oder Kontrahenten.

Das Adressenausfallrisiko aus Eigenanlagen ist für die Sparkasse grundsätzlich von hoher Bedeutung. Es werden nennenswerte Beträge sowohl im Depot A-Geschäft als auch in Form von Geldmarktgeschäften angelegt.

Die Bedeutung des Risikos relativiert sich dadurch, dass die Sparkasse Geldanlagen grundsätzlich bei Instituten bis zur Rating-Kategorie „Investmentgrade“ tätigt. Eine Verteilung der Anlagen auf mehrere Institute sorgt zusätzlich für eine Vermeidung von Risikokonzentrationen.

Gleiches gilt für die Emittenten bei Investitionen in Wertpapieren. Wenn auch in der Vergangenheit ein erstklassiges Rating nicht immer Garant für ein aus Adressenrisikosicht sicheres Investment war, so ist ein plötzlicher Ausfall eines Emittenten trotz einiger selektiver Anlagen mit höherem Risiko wenig wahrscheinlich. Gleichwohl kann es auch durch Herabstufungen von Bonitäten zu negativen Auswirkungen auf die Werte der im Depot A befindlichen Papiere kommen.

Für Adressenausfallrisiken im Eigengeschäft werden Risikolimits einschließlich Parameter zur Risikomessung und -begrenzung festgelegt. Die Limitfestlegung erfolgt unter Berücksichtigung des Risikodeckungspotenzials der Sparkasse. Die Einhaltung der Limits wird durch eine vom Handel unabhängige Abteilung überwacht. Sämtliche Limits waren zum Bilanzstichtag eingehalten.

Auf der Ebene einzelner Schuldner/Emittenten gilt als Orientierungsgröße eine Volumenobergrenze von 30 Mio. EUR je Emittent/Schuldner für ungedeckte Investitionen im Eigengeschäft (Geldanlagen und Depot A nach Nennwerten gerechnet). Zum Bilanzstichtag war diese Obergrenze eingehalten. Termingeldanlagen werden in der Regel innerhalb des Haftungsverbands der Sparkassenorganisation getätigt.

Für die Limitierung des Adressenausfallrisikos aus Eigengeschäften setzt die Sparkasse individuelle Emittenten- und Kontrahentelimits fest. Darüber hinaus existiert ein übergreifendes Limit, bei dem für die Messung der Auslastung externe Ratings und die damit verbundenen Ausfallwahrscheinlichkeiten zur Gewichtung der bestehenden Volumina herangezogen werden.

Tolerierte Konzentrationen bestehen hinsichtlich der Forderungen an andere Institute in Form von Geldanlagen und Wertpapieren. Um diese Konzentration zu begrenzen, werden bei den Eigengeschäften - neben der eigenen Landesbank - auch andere Banken innerhalb des gemeinsamen institutsbezogenen Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe berücksichtigt.

Das **Beteiligungsrisiko** stellt auf die Gefahr von Wertminderungen der Unternehmen ab, an denen die Sparkasse beteiligt ist.

Beteiligungen werden insbesondere zur Unterstützung des Verbundgedankens (sog. Verbundbeteiligungen) und zur Erfüllung von Verpflichtungen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe eingegangen. Die gesamten Beteiligungsbuchwerte in Höhe von 7,2 Mio. EUR entfallen auf strategische Beteiligungen.

Die Risiken aus Beteiligungen werden durch den Bereich Vorstandsstab gesteuert. Hierfür nutzt die Sparkasse für die Verbundbeteiligungen insbesondere die Informationen aus dem Risikocontrolling des SVN. Basis für die Steuerung (Beteiligungscontrolling) bildet insbesondere die Beteiligungsrisikostategie der Sparkasse.

Aus der Beteiligung am SVN und weiteren Beteiligungen in der Finanzbranche resultieren Risiken hinsichtlich der weiteren Wertentwicklungen, die in das Risikomanagement einbezogen werden. In den letzten Jahren war die Entwicklung des Beteiligungsportfolios geprägt von diversen Wertkorrekturen und einem tendenziell abnehmenden Volumen. Daher sehen wir vor dem Hintergrund unserer Risikotragfähigkeit - im Vergleich zu unseren Geschäftsaktivitäten insgesamt - aktuell keine Risikokonzentration.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko bezeichnet potenzielle Verluste, die aus nachteiligen Marktwertveränderungen von Positionen aufgrund von Änderungen der Sachwerte, der Zinssätze (Zinsrisiko), der Wechselkurse (Währungsrisiko), der Aktienkurse und Aktienindizes, der Preise für Fonds, Edelmetalle, Rohwaren und sonstige Handelsobjekte (sonstige Preisrisiken) sowie ihrer Volatilitäten entstehen können.

Die Sparkasse unterscheidet in ihrer Strategie für Eigenanlagen nicht zwischen dem Handelsbuch und dem Anlagebuch, weil sie seit geraumer Zeit keine Handelsbuchbestände führt.

Der Bestand der bilanzwirksamen Handelsgeschäfte stellt sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

Anlagekategorie	Buchwerte	Buchwerte
	Mio. EUR 31.12.2017	Mio. EUR 31.12.2016
1) Tages- und Termingelder	34,0	56,0
2) Namenspfandbriefe / Schuldscheindarlehn	0,0	0,0
3) Schuldverschreibungen und Anleihen	234,7	234,3
4) Aktien	0,0	0,0
5) Wertpapier-Spezialfonds	0,0	0,0
6) Sonstige Investmentfonds	19,5	19,5

Für die den wesentlichen Risikoarten zugehörigen, mit Marktpreisrisiken behafteten Geschäfte wird ein Risikolimit unter Berücksichtigung des Risikodeckungspotenzials der Sparkasse und Parameter zur Risikomessung festgelegt, mit denen mögliche zukünftige Entwicklungen simuliert werden. Die Auslastung des Limits durch den ermittelten Risikowert wird durch eine vom Handel unabhängige Stelle überwacht. Das Limit wurde zum Bilanzstichtag eingehalten.

Die im Januar 2016 aus dem ehemaligen Spezialfonds in den Eigenbestand übernommenen Papiere werden aufgrund ihres noch bestehenden Volumens in Höhe von 30 Mio. EUR (ca. 4 % der Bilanzsumme) als Risikokonzentration gesehen, weil sie aufgrund ihrer Übernahme zu Kurswerten in die Liquiditätsreserve einem erhöhten Risiko GuV-wirksamer Wertverluste durch Marktzinsveränderungen und größtenteils auch durch Restlaufzeitverkürzungen ausgesetzt sind. Diese Risikokonzentration wird vor dem Hintergrund der kurzfristig möglichen Steuerung durch Verkauf und/oder Absicherung von Beständen toleriert, sofern die Obergrenze Eigenhandel durch bereits eingetretene Risiken und das oben beschriebene Risikotragfähigkeitslimit durch die Simulation zukünftiger Entwicklungen nicht überschritten wird.

Das **Zinsänderungsrisiko** liegt darin, dass bei einem steigenden Zinsniveau sowie einer Veränderung der Zinsstrukturkurve höhere Zinsaufwendungen entstehen können, denen keine entsprechend gestiegenen Zinserträge gegenüber stehen, da die Zinssätze für die Vermögensanlagen aufgrund der Festzinsbindungen überwiegend nicht oder nur verzögert angehoben werden können.

Aufgrund der Geschäftsstruktur und der Nachfrage im Kundengeschäft ist ein wesentlicher Teil der Vermögensanlagen, insbesondere der Forderungen an Kunden, mit überwiegend langfristigen Zinsbindungen ausgestattet. Demgegenüber sind die Finanzierungsmittel in einem geringeren Umfang festzinsgebunden; zudem ist die Laufzeit der Zinsbindungen auf der Passivseite überwiegend kürzer als auf der Aktivseite. Ein bedeutender Teil der Einlagen von Kunden ist variabel verzinslich.

Die Entwicklung des Geld- und Kapitalmarktes wird laufend beobachtet, um sofort angemessen auf Veränderungen reagieren und mögliche negative Auswirkungen des Zinsänderungsrisikos eingrenzen zu können.

Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos werden vierteljährlich Simulationsrechnungen erstellt. Grundlage für die Ermittlung des zukünftigen Zinsüberschusses bilden die Zahlungsströme des Zinsbuchs (periodische Ermittlung). Für festverzinsliche Geschäfte werden die Zahlungsströme auf der Grundlage von Zinsbindungsbilanzen mit den zugehörigen Tilgungsplänen und Zinszahlungsterminen bestimmt. Den Zahlungsströmen der variablen Geschäfte liegen hinsichtlich der Zinsanpassungen und der Kapitalbindung Fiktionen zugrunde. Die Bestimmung der dafür festzulegenden Parameter erfolgt nach der Methode der gleitenden Durchschnitte. Bei dieser Methode wird zur Ermittlung der fiktiven Zinsanpassung und Kapitalbindung auf historische Zinssätze am Geld- und Kapitalmarkt zurückgegriffen. Im Ergebnis wird das variable Geschäft fiktiv durch eine Kombination von Festzinsgeschäften ersetzt. Bei dieser Vorgehensweise wird in den meisten Fällen unterstellt, dass sich das Zinsanpassungsverhalten der Vergangenheit auch zukünftig fortsetzt. Bei einigen Produkten wird auf Basis von Zukunftsanalysen von den aus der Historie errechneten Mischungsverhältnissen abgewichen. Ausgehend von den ermittelten Zahlungsströmen wird unter Berücksichtigung der für die einzelnen Bilanzpositionen geplanten Margen und Bestandsentwicklungen der Zinsüberschuss des laufenden Jahres und der Folgejahre prognostiziert. Anschließend werden die Auswirkungen aus angenommenen bzw. erwarteten Änderungen des Marktzinsniveaus auf den Zinsüberschuss analysiert.

Zusätzlich wird eine wertorientierte Betrachtung des Zinsänderungsrisikos vorgenommen. Ziel der wertorientierten Zinsbuchsteuerung ist es, alle Wertveränderungen der zinsabhängigen Vermögens- und Schuldposten aufgrund von Marktzinsänderungen zu erfassen. Dadurch soll eine Steuerungsgrundlage geschaffen werden, die es ermöglicht, die Erträge zu optimieren und die Risiken aus der Fristentransformation zu begrenzen.

Bei der wertorientierten Zinsbuchsteuerung werden sämtliche Zahlungsströme des variabel- und festverzinslichen Geschäfts zu einem Summenzahlungsstrom aggregiert und dessen Barwert ermittelt. Auf Basis von Risikokennzahlen (Value-at-Risk/ Annahmen: Konfidenzniveau 95 %; Haltedauer 90 Kalendertage; Zeitraum 01/88 – 12/16; tägliche Basis) und Risiko-Ertrags-Kennzahlen (RORAC) wird das Zinsänderungsrisiko bestimmt und beurteilt.

Nach § 25 Abs. 1 und 2 KWG i. V. m. § 2 Abs. 1 Nr. 4 Finanz- und Risikotragfähigkeitsinformationverordnung (FinaRisikoV) sind Finanzinstitute verpflichtet, der Bankenaufsicht regelmäßig im Rahmen der FinaRisikoV die Barwertveränderungen im Anlagebuch infolge eines standardisierten Zinsschocks mitzuteilen. Auf Basis des Rundschreibens 11/2011 der BaFin vom 09.11.2011 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch; Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung) haben wir zum Stichtag 31.12.2017 die barwertige Auswirkung einer Ad-hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. – 200 Basispunkte errechnet. Die Verminderung des Barwertes gemessen an den regulatorischen Eigenmitteln betrug 17,24 % (12.823 TEUR). Vor dem Hintergrund unserer Kapitalausstattung und der damit verbundenen Risikotragfähigkeit sowie der zufriedenstellenden Risikolage halten wir das Zinsänderungsrisiko für vertretbar.

Für das laufende und das kommende Jahr muss aufgrund diverser Rahmenbedingungen - u. a. wegen der weiterhin niedrigen bzw. negativen Geld- und Kapitalmarktzinssätzen - mit Rückgängen des Zinsergebnisses gegenüber dem abgeschlossenen Geschäftsjahr gerechnet werden. Maßnahmen zur Stabilisierung werden laufend in Gremien erörtert und situationsbedingt getroffen, soweit dies im Markt durchsetzbar ist. Zu nennen sind hier für das Kundengeschäft beispielhaft ein restriktiver Umgang mit der Vergabe von Sonderkonditionen, die breite Anwendung der risikoadjustiert ermittelten Normalkonditionen im Aktivgeschäft, die Berechnung von Verwahrentgelten im gewerblichen Passivgeschäft und insgesamt eine zeitnahe Reaktion auf Veränderungen der Geld- und Kapitalmarktsituation bei allen zinsabhängigen Geschäften. Zusammen gefasst sollen diese Maßnahmen zur Stabilisierung des Zinskonditionenbeitrags aus dem Kundengeschäft

beitragen. Im Eigengeschäft versuchen wir, durch Fristentransformation in vertretbarem Umfang zusätzliche Erträge zu generieren, soweit die Struktur des Geld- und Kapitalmarktes dieses zulässt.

Die **übrigen Marktpreisrisiken** sind von untergeordneter Bedeutung.

Liquiditätsrisiko

Unter dem Liquiditätsrisiko wird das Risiko verstanden, dass Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nicht erfüllt werden können (Zahlungsunfähigkeitsrisiko), zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktzinsen beschafft werden können (Refinanzierungsrisiko) oder vorhandene Vermögenswerte nur mit Preisabschlägen verwertet werden können (Marktliquiditätsrisiko).

Oberstes Ziel unserer Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken ist die Gewährleistung einer jederzeitigen Zahlungsfähigkeit. Zur Sicherstellung der Solvenz hatten wir für die Liquiditätskennzahl nach § 2 Abs. 1 Liquiditätsverordnung (LiqV) bis zum 31.12.2017 einschließlich Warnmarken von 1,25 und 1,50 definiert. Zur Gegensteuerung konnten u. a. mittel- und langfristige Refinanzierungsmittel aufgenommen werden. Zur Validierung der Steuerungsrelevanz der definierten Warnmarken wurden regelmäßig Szenariobetrachtungen durchgeführt. Die LiqV wurden mit Wirkung vom 01.01.2018 außer Kraft gesetzt. Hinsichtlich der in 2015 in Kraft getretenen Kennziffer Liquidity Coverage Ratio (LCR) ist eine Warnmarke festgelegt, die um mindestens 20 %-Punkte über der aufsichtsrechtlich jeweils geforderten, stufenweise ansteigenden Kennziffer liegt.

Zur Beurteilung des Liquiditätsrisikos werden vierteljährlich Simulationsrechnungen durchgeführt, denen verschiedene, negativ auf die Liquidität wirkende Szenarien zugrunde liegen. Hierbei wird unter anderem überprüft, ob ausreichend bemessene Vermögensgegenstände zur Abdeckung einer kurzfristig und unerwartet eintretenden Verschlechterung der Liquiditätssituation vorgehalten werden. Zusätzlich wird eine Liquiditätsliste geführt, aus der die aktuell verfügbaren Mittel zur Sicherstellung der Liquidität hervorgehen. Kurzfristiger Liquiditätsbedarf kann über den Geldmarkt gedeckt werden. Als zusätzliches Instrument der Liquiditätssicherung dient der umfangreiche Bestand an Wertpapieren der Liquiditätsreserve, insbesondere der Bestand an bei der Europäischen Zentralbank beleihbaren Sicherheiten. Hierdurch verfügt die Sparkasse über einen ausreichenden Zugang zu Zentralbankgeld.

Die Sparkasse erstellt zur Steuerung der Zahlungsfähigkeit vierteljährlich ein langfristiges Planszenario, in dem die Zahlungsverpflichtungen/Mittelabflüsse den Zahlungsmitteln/Mittelzuflüssen gegenübergestellt werden. In einem Risikoszenario werden den liquidierbaren Aktiva erhöhte Abflüsse der Kundeneinlagen gegenübergestellt und eine Survival Period ermittelt, die dokumentiert, wie lange die Liquidität ausreicht, den Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. In einem Stressszenario werden die Abrufquoten der Kundeneinlagen weiter erhöht. Für die im Stressszenario ermittelte Survival Period hat die Sparkasse Warnmarken von kleiner oder gleich vier Monaten und kleiner oder gleich einem Monat definiert.

Konzentrationen bestehen beim Liquiditätsrisiko insbesondere durch Einlagen von Großkunden (teilweise in Form konzerngesteuerter Gelder) und durch die mögliche Kürzung uns zugesagter Kreditlinien. Um diese Konzentrationen zu begrenzen, werden regelmäßig diverse Szenarioberechnungen angestellt, welche frühzeitig auf mögliche Liquiditätsengpässe aufmerksam machen.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnungen sind die Liquiditätsrisiken limitiert. Die Überwachung des Limits erfolgt durch eine handelsunabhängige Stelle. Das Limit wurde zum Bilanzstichtag eingehalten. Die Liquiditätsrisiken werden nach unserer derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung unserer Sparkasse nicht wesentlich beeinträchtigen.

Zur verursachungsgerechten internen Verrechnung der Liquiditätskosten und des Liquiditätsnutzens wird ein einfaches Kostenverrechnungsverfahren eingesetzt, das den aufsichtsrechtlichen Anforderungen entspricht.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als die Gefahr von Schäden definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, von Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Es werden sowohl aus den in der Vergangenheit eingetretenen Schadensfällen als auch aus den zukünftigen Verlustpotenzialen Regelungen und Prozesse zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der operationellen Risiken abgeleitet und daraus bei Bedarf konkrete Maßnahmen initiiert.

Ziel solcher Maßnahmen ist die möglichst weit gehende Vermeidung von Schäden aus operationellen Risiken, mindestens aber die Minimierung auf ein für die Sparkasse vertretbares Maß an Restrisiken, sofern die dafür erforderlichen Maßnahmen unter Kosten-/Nutzaspekten gerechtfertigt sind. Zusätzlich wird mit der Anwendung der Steuerungsinstrumente das Ziel verfolgt, eine hohe Risikosensibilisierung der Mitarbeiter für den Bereich der operationellen Risiken zu erreichen.

Die Auslagerung unserer IT an die Finanz Informatik sehen wir als Risikokonzentration an. Branchentypisch werden hohe Anforderungen an die Sicherheit der eingesetzten IT-Systeme gestellt. Dies gilt für die Verfügbarkeit und Integrität der Systeme und Daten im Rechenzentrum, für die in der Sparkasse betriebenen Systeme und für die betriebenen Netzwerke, und zwar sowohl für die Sicherheit des laufenden Betriebes als auch für die Notfallvorsorge.

Zur Regelung der Arbeitsabläufe im Hause bestehen zentrale Vorgaben durch Arbeitsanweisungen. Rechtliche Risiken werden durch Verwendung von juristisch geprüften Vertragsformulierungen begrenzt. Den Risiken im jeweiligen Sachgebiet wird durch den Einsatz der - auch gesetzlich geforderten - Sicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten begegnet. Schließlich werden operationelle Risiken durch die laufende Aus- und Weiterbildung unserer Mitarbeiter reduziert. Versicherbare Gefahrenpotentiale werden durch Versicherungsverträge in banküblichem Umfang abgesichert.

Um für die Quantifizierung von operationellen Risiken eine geeignete empirische Basis zu schaffen, wird eine Schadenfalldatenbank gepflegt. Einmal jährlich wird ein Workshop unter Beteiligung aller für die operationellen Risiken relevanten Organisationseinheiten durchgeführt, aus dem als Ergebnis von Einschätzungen zukünftiger Risiken (Szenarien) eine Risikolandkarte entsteht. Aus dieser Risikolandkarte können Schwerpunkte zukünftiger Gefahrenpotenziale als Grundlage für die Risikosteuerung abgeleitet werden.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnungen sind die operationellen Risiken limitiert. Die Überwachung des Limits erfolgt durch eine handelsunabhängige Stelle. Das Limit wurde zum Bilanzstichtag eingehalten. Die operationellen Risiken werden nach unserer derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung unserer Sparkasse nicht wesentlich beeinträchtigen.

Berichtswesen

Vierteljährlich wird ein Gesamtrisikobericht erstellt, der insbesondere Darstellungen der Risikotragfähigkeit enthält. Außerdem sind in dem Bericht die Erreichung der Ziele aus der Geschäfts- und der Risikostrategie sowie tiefer gehende Informationen inkl. Angaben zu Maßnahmen und einer Beurteilung der Risikosituation für jedes als wesentlich eingestufte Risiko enthalten. Eine Gesamtbeurteilung der Risikosituation, die Darstellung der Ergebnisse aus dem Risikomonitoring des SVN sowie Informationen zu Risikokonzentrationen und zu wesentlichen Auslagerungsunternehmen runden den Bericht ab. Zuständig für die Erstellung des Gesamtrisikoberichts ist die Abteilung Controlling. Der Bericht wird dem Vorstand und allen Bereichsdirektoren zur Kenntnis gegeben.

Für die turnusmäßige Berichterstattung der Risikoarten bestehen zusätzlich zu deren Darstellung im vierteljährlichen Gesamtrisikobericht folgende Regelungen:

Risiken	Berichtsturnus	zuständige Abteilung	Adressat
Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft	vierteljährlich	Marktfolge/ Consult	Vorstand sowie verschiedene leitende Mitarbeiter
Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften	4 x monatlich	Controlling	Vorstand sowie verschiedene Mitarbeiter aus MaRisk-relevanten Funktionsbereichen
Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften	4 x monatlich	Controlling	Vorstand sowie verschiedene Mitarbeiter aus MaRisk-relevanten Funktionsbereichen
Zinsänderungsrisiken	vierteljährlich	Controlling	Vorstand sowie Mitglieder der Gremien Steuerungsausschuss und Treasuryausschuss
operationelle Risiken	jährlich	Controlling	Vorstand, alle dezentralen OpRisk-Ansprechpartner (DORA) und „Zentrale Stelle“ sowie Geldwäschebeauftragter

Der Verwaltungsrat wird durch den Vorstand vierteljährlich über die Risikosituation der Sparkasse unterrichtet.

Bei unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen ist über die regelmäßige Berichterstattung hinaus eine unverzügliche Unterrichtung des Vorstands, des jeweiligen Verantwortlichen sowie ggf. der Internen Revision geregelt. Darüber hinaus informiert der Vorstand den Verwaltungsrat unverzüglich über die unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Sachverhalte (Ad hoc-Berichterstattung) im Rahmen des festgelegten Verfahrens.

Zusammenfassende Risikobeurteilung

Die Gesamtrisikosituation unseres Hauses wird aufgrund unseres kreditgeschäftlichen Engagements in der mittelständischen Wirtschaft grundsätzlich durch Kreditrisiken bestimmt. Allerdings haben sich diese in den letzten Jahren nur relativ moderat ausgewirkt. Darüber hinaus haben insbesondere die Adressenrisiken aus Beteiligungen, die Marktpreisrisiken aus Eigenanlagen, aber auch die Zinsänderungsrisiken eine nicht unwesentliche Bedeutung.

Zum Erhalt und Ausbau der Sensibilität hinsichtlich der Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft (inkl. Schuldscheindarlehen) wurden restriktive Sicherheitenansätze festgelegt und deutlich unterhalb gesetzlicher Vorgaben liegende Zielgrößen für Einzelrisiken im Bestands- und Neukundenbereich definiert.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hatten wir für Ausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft wiederum ein positives Bewertungsergebnis zu verzeichnen.

Risiken der künftigen Entwicklung, die für die Sparkasse bestandsgefährdend sein könnten, sind nach der Risikoinventur nicht erkennbar. Bei allen Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können, wird ein wirksames Verfahren der Risikosteuerung eingesetzt. Wir erwarten keine besonderen, über unsere Risikotragfähigkeit hinausgehenden Risiken.

Prognosebericht und Chancenbericht

Die folgenden Aussagen zur voraussichtlichen Entwicklung der Sparkasse im laufenden Jahr stellen Einschätzungen dar, die auf der Grundlage der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen getroffen werden. Prognosen sind naturgemäß mit Unsicherheit behaftet. Treten die zugrunde gelegten Annahmen nicht ein, können die tatsächlichen Ergebnisse von den erwarteten abweichen.

Geschäftsentwicklung

In Deutschland setzt sich der Aufschwung im fünften Jahr in Folge bei einer weiter steigenden Kapazitätsauslastung fort. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts wird für 2018 mit 2,5% prognostiziert. Die Verbraucherpreise werden voraussichtlich erneut steigen und bei der Zahl der Erwerbstätigen wird eine weitere Zunahme erwartet.

Das geschäftliche Umfeld der Kreditinstitute bestimmt sich weiterhin durch verstärkten Wettbewerb zwischen den Instituten, die Unsicherheit an den Finanzmärkten aufgrund der anhaltenden Euro-Schuldenkrise, dem Brexit, das anhaltende Niedrig- bzw. Negativzinsniveau, veränderte Kundenbedürfnisse und Kundenwünsche sowie die rasch fortschreitende technologische Entwicklung. Margen, aber auch die Preise im Dienstleistungsgeschäft, werden unter Druck bleiben.

In unserem Geschäftsgebiet rechnen wir nicht mit einer spürbaren Entspannung.

In allen Bereichen der Sparkasse stehen die Themen „Qualität in der Wahrnehmung der Kunden“ und „Intensivierung unseres Multikanalvertriebs“ als die zentralen Wettbewerbsfaktoren weiter im Mittelpunkt. Den Themen Beratungsqualität und Kundenzufriedenheit messen wir in diesem Zusammenhang eine herausragende Bedeutung zu. Prozesse gestalten wir effizient und risikoorientiert.

Angesichts der erwarteten Rahmenbedingungen erkennen wir keine merklichen Impulse zur Ausweitung des Geschäftsvolumens. Im Ergebnis erwarten wir bestenfalls eine Bilanzsumme auf dem Niveau des Jahres 2017.

Bei den Kundeneinlagen erwarten wir saldiert Bestände auf Vorjahresniveau. Die Entwicklung des Kreditgeschäfts ist vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und regionalen Wirtschaftsentwicklung zu sehen. Hier erwarten wir trotz des im historischen Vergleich niedrigen Zinsniveaus insgesamt einen Bestand leicht über der Höhe des Berichtsjahres. Rückgänge im gewerblichen Kreditgeschäft sollen durch leichte Ausweitungen des privaten Kreditgeschäfts aufgefangen werden. Dabei stehen Wohnungsbau- und Konsumentenkredite im Vordergrund.

Flankiert durch unterstützende Maßnahmen planen wir für 2018 Ausweitungen im Dienstleistungsgeschäft.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Die Risiken liegen - neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten unternehmerischen und banküblichen Gefahren - hauptsächlich im Nachlassen der weltwirtschaftlichen Dynamik. Auch wenn sich in der Eurozone die gesamtwirtschaftlichen Perspektiven nochmals verbessert haben, steht das Konjunkturbild allerdings unter dem Vorbehalt einiger Risiken. Hierzu gehören insbesondere die geopolitischen Konflikte und die Bedrohung durch den globalen Terrorismus, der außen- und wirtschaftspolitische Kurs der derzeitigen US-Regierung und die schwierigen Verhandlungen zum Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. Daneben können europafeindliche Positionen jederzeit wieder zu Verunsicherungen führen, beispielweise im Umfeld der Wahlen in Italien. Ebenso können separatistische Bewegungen wie in Katalonien weitere Kreise ziehen und sich wirtschaftlich negativ auswirken. Daneben wird die Rentabilität der Bankenbranche nachhaltig durch die steigende Regulierung belastet.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Chancen sehen wir vor allem in einer besser als erwartet laufender Konjunktur aufgrund einer schnellen Erholung von der EU-Staatenkrise. Dies würde zu einer stärkeren Kreditnachfrage und einem Anstieg des Zinsüberschusses führen. Weiterhin sehen wir Chancen im Zinsbuch bei einer steileren Zinsstrukturkurve und einem anhaltenden relativ geringen Zinsniveau des Geldmarktes.

Die sich aus dem Anstieg der Beschäftigung ergebenden Einkommenszuwächse könnten zu einer Binnenkonjunkturnachfrage führen, die höher ausfällt als angenommen. Von den verbesserten Bedingungen am Arbeitsmarkt könnte im Zusammenhang mit dem Niedrigzinsumfeld auch der Wohnungsbau profitieren.

Chancen sehen wir darüber hinaus auch in der Neuausrichtung unserer Vertriebsstruktur. Den gestiegenen Herausforderungen aus der Digitalisierung des Bankgeschäfts und den Kundenerwartungen begegnen wir mit zukunftssträchtigen Konzepten und Lösungen, mit denen wir die Kunden langfristig an uns binden wollen.

Um den Herausforderungen der Zukunft besser begegnen zu können und eine transparente Grundlage für weitergehende Entscheidungen zu schaffen, hat der Verwaltungsrat den Vorstand im Geschäftsjahr 2018 beauftragt, strukturelle Handlungsoptionen unter Einbindung umliegender Sparkassen zu erarbeiten.

Finanzlage

Für das Jahr 2018 sind derzeit keine größeren Investitionen geplant. Nach unseren Planungen wird die Liquidity Coverage Ratio (LCR) durchgängig über dem in der Risikosteuerung festgelegten internen Mindestwert von 1,20 liegen.

Ertragslage

Als Basis für die Aussagen zur Ertragslage dienen die für den „Betriebsvergleich der Sparkassen-Finanzgruppe“ ermittelten Erwartungswerte für 2018.

Das Zinsniveau dürfte über weite Strecken des Jahres auf einem gegenüber dem Vorjahr zwar erhöhten, aber im langjährigen Vergleich nach wie vor niedrigen Niveau verharren. Dieses niedrige Zinsniveau in Verbindung mit einem sich verstärkenden Wettbewerb in der Kreditwirtschaft hält die Zinsspanne weiter unter Druck. Zwar könnte eine wieder steilere Zinsstrukturkurve die Möglichkeiten zur Ausweitung des Zinsüberschusses grundsätzlich verbessern, dem steht aber ein zu erwartender wettbewerbsbedingter Margendruck auf das zinsabhängige Geschäft weiterhin gegenüber. Wir erwarten für das Jahr 2018 einen deutlich rückläufigen Zinsüberschuss.

Unsere Fokussierung liegt auf dem Vertrieb. Für das Provisionsergebnis erwarten wir im Hinblick auf den weiter erfolgreichen Vertrieb im Girobereich, die entwickelten strategischen Anlagekonzepte im Wertpapiergeschäft und aufgrund der hohen Leistungsfähigkeit unserer Partner im Bereich Versicherungen, Immobilien und Bausparen leicht steigende Erträge.

Trotz unseres konsequenten Kostenmanagements wird der Verwaltungsaufwand nach unseren Planungen im Jahr 2018 etwas oberhalb des Vorjahresniveaus liegen. Die Personalkosten wollen wir durch ein stringentes Personalmanagement in vertretbaren Grenzen halten. Notwendige Investitionen werden auch weiterhin im erforderlichen Umfang getätigt. Geplante Prozessoptimierungen und die Nutzung von Einsparpotentialen werden unterstützend eingesetzt. Die Kostenkontrolle steht permanent im Zentrum unserer Planungen.

Aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind negative Auswirkungen auf die finanzielle Lage unserer Privat- und Firmenkunden und damit auch die Höhe unseres Risikoaufwandes nicht auszuschließen. Damit verbundene Beeinträchtigungen des Jahresergebnisses erwarten wir im höheren Umfang als im Vorjahr.

Bei den eigenen Wertpapieren rechnen wir aufgrund der nach wie vor hohen Unsicherheiten an den Kapitalmärkten mit Belastungen, die im Vergleich zum Berichtsjahr etwas höher ausfallen können.

Für die übrigen Geschäftsbereiche, insbesondere Beteiligungen, sind nach derzeitigem Erkenntnisstand zunächst keine weiteren Bewertungserfordernisse zu erwarten. Zukünftig können weitere Risiken in unserem Beteiligungsportfolio jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Zusammenfassend rechnen wir für das laufende Geschäftsjahr mit einem gegenüber dem Berichtsjahr erhöhten Bewertungsaufwand.

Insgesamt beurteilen wir unsere Perspektiven für das Geschäftsjahr 2018 positiv, sofern sich die Rahmenbedingungen wie unterstellt entwickeln.

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist.

Unter Einbeziehung aller Erfolgsfaktoren erwarten wir für das angebrochene Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss auf Vorjahresniveau.

Die Sparkasse richtet sich an definierten Zielgrößen (u. a. Risikoaufwandsquote und Cost-Income-Ratio) aus. Für 2018 erwarten wir gemäß dieser Definition eine Risikoaufwandsquote von 50,16 %. Diese liegt merklich oberhalb des Wertes für das Jahr 2017. Bei der Cost-Income-Ratio erwarten wir für 2018 ein Verhältnis von etwa 78,5 % und somit ebenfalls einen spürbar höheren Wert.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage ist eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert. Das geplante Wachstum kann mit einer weiterhin soliden Eigenkapitalausstattung dargestellt werden.

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2017



der
Sitz

Sparkasse Osterode am Harz
Osterode am Harz

eingetragen beim
Amtsgericht
Handelsregister-Nr.

Göttingen
HR A 121632

	EUR	EUR	EUR	31.12.2016 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		29.649.120,06		10.200
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		<u>7.259.246,71</u>		<u>6.083</u>
			36.908.366,77	16.283
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		6.765.690,65		5.810
b) andere Forderungen		<u>34.720.584,00</u>		<u>56.785</u>
			41.486.274,65	62.595
4. Forderungen an Kunden			450.179.328,50	476.895
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	168.329.779,47	EUR		(175.102)
Kommunalkredite	<u>26.903.100,75</u>	EUR		<u>(50.535)</u>
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
ab) von anderen Emittenten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
			0,00	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		104.912.205,61		105.242
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	104.912.205,61	EUR		(102.613)
bb) von anderen Emittenten		<u>131.184.253,48</u>		<u>130.608</u>
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	128.811.365,08	EUR		(127.717)
			236.096.459,09	235.850
c) eigene Schuldverschreibungen			<u>0,00</u>	<u>0</u>
Nennbetrag	0,00	EUR		(0)
			236.096.459,09	235.850
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			19.570.134,98	19.512
6a. Handelsbestand			0,00	0
7. Beteiligungen			7.168.576,57	8.383
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			0,00	0
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
9. Treuhandvermögen			17.197,39	21
darunter:				
Treuhandkredite	17.197,39	EUR		(21)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		34.380,00		34
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			34.380,00	34
12. Sachanlagen			15.577.267,42	16.669
13. Sonstige Vermögensgegenstände			1.357.211,44	1.308
14. Rechnungsabgrenzungsposten			89.274,90	112
Summe der Aktiva			808.484.471,71	837.663

	EUR	EUR	EUR	31.12.2016 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		58.134.444,87		90.000
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		31.379.793,60		28.506
			89.514.238,47	118.506
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	171.520.601,20			169.251
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	646.557,55			697
		172.167.158,75		169.948
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	432.262.087,95			408.757
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	20.387.405,83			46.078
		452.649.493,78		454.835
			624.816.652,53	624.784
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		0,00		0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		0,00		0
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
			0,00	0
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			17.197,39	21
darunter:				
Treuhandkredite	17.197,39 EUR			(21)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			959.463,42	284
6. Rechnungsabgrenzungsposten			90.458,00	115
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		13.435.487,00		13.248
b) Steuerrückstellungen		104.000,00		332
c) andere Rückstellungen		2.843.175,47		3.732
			16.382.662,47	17.312
8. (weggefallen)				
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			153.541,67	2.071
10. Genusssrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			16.320.000,00	14.670
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		0,00		0
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	59.900.662,60			59.573
		59.900.662,60		59.573
d) Bilanzgewinn		329.595,16		328
			60.230.257,76	59.901
Summe der Passiva			808.484.471,71	837.663

1. Eventualverbindlichkeiten

a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		3.225.108,84		3.575
Über eine weitere, nicht quantifizierbare Eventualverbindlichkeit wird im Anhang berichtet.				
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00		0
			3.225.108,84	3.575

2. Andere Verpflichtungen

a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		20.403.823,37		21.508
			20.403.823,37	21.508

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017**

	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2016 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		16.014.440,20		17.299
abgesetzte negative Zinsen	83.032,39 EUR			(-)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		2.483.779,68		2.730
			18.498.219,88	20.028
2. Zinsaufwendungen			1.684.371,60	2.035
abgesetzte positive Zinsen	323.738,28 EUR			(-)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	565.094,80 EUR			(583)
			16.813.848,28	17.993
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		616.692,28		661
b) Beteiligungen		151.326,49		148
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00		74
			768.018,77	884
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
5. Provisionserträge		6.999.936,92		6.878
6. Provisionsaufwendungen		264.958,03		268
			6.734.978,89	6.610
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands			0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge			1.611.586,81	989
9. (weggefallen)				
			25.928.432,75	26.476
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter		9.090.801,97		9.169
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung		3.154.305,93		2.445
	1.273.431,79 EUR			(576)
		12.245.107,90		11.614
b) andere Verwaltungsaufwendungen		5.329.132,16		5.926
			17.574.240,06	17.540
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			1.269.316,62	1.115
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			954.140,96	425
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		272.790,37		1.432
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		0
			272.790,37	1.432
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		1.508.698,44		769
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00		0
			1.508.698,44	769
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	0
18. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			1.650.000,00	2.810
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			2.699.246,30	2.385
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		2.307.475,01		2.013
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		62.176,13		44
			2.369.651,14	2.057
25. Jahresüberschuss			329.595,16	328
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			329.595,16	328
27. Entnahmen aus der Kapitalrücklage			0,00	0
28. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		0,00		0
			329.595,16	328
29. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		0,00		0
30. Bilanzgewinn			329.595,16	328

ANHANG

A. ALLGEMEINE ANGABEN EINSCHLIESSLICH DER EINLEITENDEN ANGABEN GEMÄß § 264 ABS. 1A HGB

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Negativzinsen

Die im Geschäftsjahr 2017 angefallenen und mit den Zinserträgen bzw. Zinsaufwendungen verrechneten negativen bzw. positiven Zinsen werden abweichend zum Vorjahr in der Gewinn- und Verlustrechnung als Darunter-Position zu GV-Posten 1a bzw. GV-Posten 2 ausgewiesen und nicht mehr im Anhang angegeben. Die im Vorjahr in GV-Posten 1a verrechneten negativen Zinsen beliefen sich auf 13 TEUR und die unter GV-Posten 2 verrechneten positiven Zinsen auf 330 TEUR.

B. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die Forderungen an Kunden und Kreditinstitute einschließlich Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehn wurden mit ihrem Nennwert angesetzt, der Unterschiedsbetrag zwischen dem Nennwert und dem niedrigeren Auszahlungsbetrag wurde unter den Rechnungsabgrenzungsposten der Passivseite aufgenommen. Er wird grundsätzlich laufzeit- und kapitalanteilig aufgelöst, im Falle von Festzinsvereinbarungen erfolgt die Verteilung auf die Dauer der Festzinsbindung. Abweichend hiervon werden Disagien, Bearbeitungsgebühren und ähnliche Beträge im Zusammenhang mit sog. Weiterleitungsmitteln angesichts der jeweiligen Betragskongruenz zwischen den aktivischen und passivischen Unterschiedsbeträgen im Jahr ihres Anfalls vollständig als Provisionsaufwand bzw. -ertrag erfasst.

Für erkennbare Ausfallrisiken bei den Forderungen bestehen Einzelwertberichtigungen in Höhe des zu erwartenden Ausfalls. Dem latenten Kreditrisiko wird durch Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen, die nach Erfahrungswerten (durchschnittliche Ausfälle der letzten fünf Jahre) bemessen worden sind.

Die Wertpapiere werden zu Anschaffungskosten, niedrigeren Kurswerten am Bilanzstichtag (strenges Niederstwertprinzip) oder unter Beibehaltung der Buchwerte (gemildertes Niederstwertprinzip) bewertet.

Die unter Aktiva Posten 6 ausgewiesenen Fondsanteile bzw. Anteile an Gesellschaften, die sich als AIF qualifizieren wurden zum Anschaffungswert bzw. zum investimentrechtlichen Rücknahmepreis (strenges Niederstwertprinzip) angesetzt.

Die Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten bzw. im Falle vorübergehender oder dauernder Wertminderungen zum niedrigeren beizulegenden Zeitwert angesetzt.

Das Sachanlagevermögen und die immateriellen Anlagewerte werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt.

Vermögensgegenstände von geringem Wert (Anschaffungskosten bis 150 Euro) werden sofort als Sachaufwand erfasst; bei Anschaffungswerten von 150 Euro bis zu 1.000 Euro (Software bis zu 410 Euro) ohne Umsatzsteuer erfolgt analog zur steuerlichen Regelung des § 6 Abs. 2a EStG die Einstellung in einen Sammelposten, der linear mit je einem Fünftel jährlich abgeschrieben wird.

Die sonstigen Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften bewertet. Die hier ausgewiesenen Finanzanlagen werden

ebenfalls nach dem strengen Niederstwertprinzip zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren Wert am Bilanzstichtag bewertet.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt, sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verpflichtungen. Beträgt die Zeitspanne bis zum erwarteten Erfüllungszeitpunkt mehr als ein Jahr, erfolgt eine Abzinsung mit einem laufzeitadäquaten Zinssatz gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV).

Für das allgemeine Zinsänderungsrisiko ist eine Gesamtbetrachtung aller zinstragender Aktiva und Passiva des Bankbuchs vorgenommen worden. Hierbei ist die Ermittlung anhand einer barwertigen Betrachtung erfolgt. Als Zinsstrukturkurve wurde die Swapkurve zugrunde gelegt. Zum 31. Dezember 2017 ergab sich kein Rückstellungsbedarf.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren unter Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2005 G bewertet. Für die Abzinsung wurde der von der Deutschen Bundesbank gemäß RückAbzinsV nach dem Stand von Ende Dezember 2017 bekannt gegebene Zinssatz von 3,68% verwendet. Die bis zur voraussichtlichen Erfüllung zu erwartenden Gehalts- und Rentensteigerungen haben wir mit 2,00% prognostiziert.

Die Sparkasse ist tarifvertraglich verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führende Versicherung bei einer kommunalen Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie erfüllt diese Verpflichtung durch Anmeldung der betreffenden Mitarbeiter bei der **Emdener Zusatzversorgungskasse für Sparkassen (ZVK-Sparkassen)** mit Sitz in Emden. Die ZVK-Sparkassen ist eine kommunale Zusatzversorgungseinrichtung im Sinne § 1 des Altersvorsorge-TV-Kommunal (ATV-K) vom 1. März 2002. Träger der ZVK-Sparkassen ist der Niedersächsische Sparkassen- und Giroverband in Hannover, der das Kassenvermögen der ZVK-Sparkassen als Sondervermögen getrennt von seinem übrigen Vermögen verwaltet.

Die Versorgungsverpflichtungen werden von der ZVK-Sparkassen nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2005 G mit 10jähriger Generationenverschiebung bewertet.

Nachdem die Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes sich mit Wirkung vom 1. Januar 2002 auf eine Abkehr vom seit 1967 bestehenden Gesamtversorgungssystem verständigt hatten, hat die ZVK-Sparkassen zum 1. Januar 2003 den Versicherten- und Rentnerbestand in zwei getrennte Abrechnungsverbände unterteilt, den Abrechnungsverband P für die zu diesem Zeitpunkt Pflichtversicherten bzw. den Abrechnungsverband R für die sog. Altrentner.

Seit diesem Zeitpunkt ist der **Abrechnungsverband P** unter Zugrundelegung der Bewertungsparameter gem. ATV-K vom 1. März 2002 kapitalgedeckt. Diese tarifliche Bewertungsmethodik erfasste den voraussichtlich zu erwartenden Verpflichtungsumfang nicht vollständig. Hierauf hat die ZVK-Sparkassen bereits mit kontinuierlicher Stärkung ihrer Deckungsrückstellung reagiert. Seit dem 31. Dezember 2011 erfolgt eine realistische und von den tarifvertraglichen Vorgaben abweichende kassenspezifische Ermittlung der Deckungsrückstellung, die sämtliche künftig zu erwartenden Kosten und Risiken einbezieht (u. a. Berücksichtigung einer jährlichen Anhebung der tariflich zugesagten Betriebsrentenleistungen um 1 %). Der bisherige Beitragssatz von 4 % erschien hiernach und unter zusätzlicher Berücksichtigung der derzeitigen Kapitalmarktlage nach aktuellen Ermittlungen nicht mehr auskömmlich. Dem wurde durch eine mit Wirkung zum 1. Januar 2012 eingetretene Anhebung auf 5 % Rechnung getragen; in diesem Zusammenhang wurde hinsichtlich der künftigen Kapitalerträge eine langfristig erzielbare Rendite von 4,25 % zugrunde gelegt. Aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase geht die ZVK-Sparkassen zwischenzeitlich von einer verringerten Rendite aus. Sie wird aufgrund der bestehenden längerfristigen Vermögensanlagen bis 2026 noch mit jährlich 3,8 % veranschlagt. Es ist daher beabsichtigt, den Beitragssatz in den Jahren 2019 bis 2021 stufenweise von derzeit 5,0 % auf 5,8 % unter Einbindung einer Arbeitnehmerbeteiligung zu erhöhen. Durch diese Maßnahme soll innerhalb des 100jährigen Betrachtungszeitraums dem möglichen Entstehen einer Unterdeckung aufgrund der ab 2019 hinzukommenden Anwartschaften entgegengewirkt werden.

Bemessungsgrundlage für den Beitrag sind die zusatzversorgungspflichtigen Entgelte, sie beliefen sich im Geschäftsjahr 2017 auf 8.757 TEUR.

Bei den Verpflichtungen des **Abrechnungsverbandes R** ergab sich zum 1. Januar 2003 eine Deckungslücke, die den einzelnen Beteiligten zugeordnet worden ist und die jährlich nach versicherungsmathematischen Grundsätzen bewertet wird. Der Bewertung zum 31. Dezember 2017 liegt ein Abzinsungszins in Höhe von 2,25 % zugrunde. Die zugesagte jährliche Erhöhung der Renten um 1 % setzt voraus, dass aus den Kapitalanlagen eine jährliche Rendite von 3,25 % erzielt wird. Für den Fall, dass die Rendite nicht erreicht werden sollte, wird die sich daraus ergebende Unterdeckung den Beteiligten zugeordnet. Die Sparkasse hat die Deckungslücke beim Abrechnungsverband R bereits in früheren Geschäftsjahren vorläufig ausfinanziert. Restrisiken der Ausfinanzierung bestehen allerdings in Abhängigkeit von der Biometrie sowie der Verzinsung der Anlagen der ZVK-Sparkassen.

Für die bei der Deutschen Bundesbank und die bei anderen Kreditinstituten unterhaltenen Guthaben sind Zinsaufwendungen entstanden, die wir mit den unter GV-Posten 1a ausgewiesenen Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften verrechnet haben. Für die von anderen Kreditinstituten und einigen Kunden bei uns angelegten Gelder wurden uns Zinsen vergütet, die wir mit den unter GV-Posten 2 ausgewiesenen Zinsaufwendungen verrechnet haben.

Die strukturierten Produkte (Forward-Darlehen und Schuldscheindarlehen mit Kündigungsrechten) wurden einheitlich (ohne Abspaltung der Nebenrechte) bilanziert und bewertet.

Von dem Wahlrecht nach § 11 Satz 3 RechKredV, anteilige Zinsen und ähnliche das Geschäftsjahr betreffende Beträge nicht in die Fristengliederung einzubeziehen, haben wir Gebrauch gemacht. Insofern stimmen die Bilanzbestände nicht mit den Endbeträgen laut Fristengliederung überein.

C. Erläuterungen zur Jahresbilanz

AKTIVA

Posten 3: Forderungen an Kreditinstitute

darunter:

Forderungen an die eigene Girozentrale 17.129 TEUR

Posten 5: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den unter Aktiva Posten 5 enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind

börsennotiert 236.096 TEUR

nicht börsennotiert 0 TEUR.

Drei börsenfähige Schuldverschreibungen mit einem Buchwert von 24.500.000,00 Euro (Zeitwert: 24.186.420,00 Euro) wurden nicht mit dem Niederstwert bewertet. Es handelt sich dabei um Titel mit Fälligkeiten in 2026 und 2027. Die Wertminderungen sind ausschließlich zinsinduziert und dürften daher nach unserer Auffassung voraussichtlich nicht von Dauer sein.

Posten 6: Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

In diesem Posten sind Anteile an einem nicht börsenfähigen Spezial-AIF mit einem Buchwert von 17.013 TEUR enthalten.

Von den übrigen unter diesem Posten ausgewiesenen börsenfähigen Wertpapieren sind

börsennotiert 0 TEUR

nicht börsennotiert 2.444 TEUR.

Posten 7: Beteiligungen

Die Sparkasse ist am Stammkapital des Sparkassenverbandes Niedersachsen, Hannover, mit einem Anteil von 1,21% beteiligt. Angaben zum Eigenkapital und zum Jahresergebnis unterbleiben aufgrund von § 286 Abs. 3 Satz 2 HGB.

Weitere Angaben zum Anteilsbesitz nach § 285 Nr. 11 HGB entfallen, weil sie gemäß § 286 Abs. 3 Nr. 1 HGB für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse von untergeordneter Bedeutung sind.

Posten 9: Treuhandvermögen

Das Treuhandvermögen gliedert sich wie folgt:

Forderungen an Kunden (Posten 4 des Formblatts) 17 TEUR

Posten 12: Sachanlagen

Die für sparkassenbetriebliche Zwecke genutzten Grundstücke und Bauten belaufen sich auf (Bilanzwert) 10.348 TEUR. Der Bilanzwert der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt 1.164 TEUR.

Posten 14: Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

Unterschiedsbetrag zwischen dem Auszahlungsbetrag bzw. den Anschaffungskosten von Forderungen gegenüber dem niedrigeren Nominalbetrag 11 TEUR

Bestand am 31.12. des Vorjahres 32 TEUR

ANLAGESPIEGEL

		Entwicklung des Anlagevermögens (Angaben in TEUR)							
		Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen	Sonstige Vermögensgegenstände	
Entwicklung der Anschaffungs-/Herstellungskosten	Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	100.310,4	0,0	10.493,9	0,0	424,3	50.263,8	1,4	
	Zugänge	31.104,8	0,0	0,0	0,0	20,4	177,2	0,0	
	Abgänge	16.377,5	0,0	0,0	0,0	0,0	215,1	0,0	
	Umbuchungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	115.037,7	0,0	10.493,9	0,0	444,7	50.225,9	1,4	
Entwicklung der kumulierten Abschreibungen	Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	431,6	0,0	2.111,1	0,0	390,5	33.595,0	0,0	
	Abschreibungen im Geschäftsjahr	95,7	0,0	1.214,3	0,0	19,8	1.249,5	0,0	
	Zuschreibungen im Geschäftsjahr	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
	Änderung der gesamten Abschreibungen	im Zusammenhang mit Zugängen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
		im Zusammenhang mit Abgängen	406,3	0,0	0,0	0,0	0,0	195,9	0,0
		im Zusammenhang mit Umbuchungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	121,0	0,0	3.325,4	0,0	410,3	34.648,6	0,0	
Buchwerte	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	114.916,6	0,0	7.168,6	0,0	34,4	15.577,3	1,4	
	Stand am 31.12. des Vorjahres	99.878,8	0,0	8.382,8	0,0	33,8	16.668,8	1,4	

RESTLAUFZEITENSPIEGEL *

Posten der Bilanz	RESTLAUFZEIT (Beträge in TEUR)				
	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	mit unbestimmter Laufzeit (A4) bzw. im Folgejahr fällig werdend (A 5)
Übersicht					
Aktiva 3 b) Andere Forderungen an Kreditinstitute (ohne Bausparguthaben)	15.014	19.043	231	432	-
Aktiva 4) Forderungen an Kunden	26.896	53.529	159.555	185.540	24.059
Aktiva 5) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	-	-	1.017

* Von der Ausnahmeregelung nach § 11 Satz 3 RechKredV wurde Gebrauch gemacht.

PASSIVA

Posten 1: Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

darunter:

Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale 73.652 TEUR

Gesamtbetrag der als Sicherheit für Verbindlichkeiten

gegenüber Kreditinstituten übertragenen Vermögensgegenstände 19.821 TEUR

Posten 2: Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

darunter:

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

Bestand am Bilanzstichtag 5.288 TEUR

Bestand am 31.12. des Vorjahres 5.683 TEUR

Posten 4: Treuhandverbindlichkeiten

Die Treuhandverbindlichkeiten gliedern sich wie folgt:

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Posten 1 des Formblatts) 17 TEUR

Posten 5: Sonstige Verbindlichkeiten

darunter:

Verbindlichkeiten an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

Bestand am Bilanzstichtag 607 TEUR

Bestand am 31.12. des Vorjahres 0 TEUR

Posten 6: Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbeträge zwischen dem Auszahlungsbetrag bzw. den Anschaffungskosten von Forderungen gegenüber dem höheren Nominalbetrag sind enthalten mit 88 TEUR

Bestand am 31.12. des Vorjahres 105 TEUR

Posten 7: Rückstellungen

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzins der vergangenen zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 1.589 TEUR. Hiervon unterliegen 1.261 TEUR der Ausschüttungssperre nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB, da im Vorjahr in diesem Zusammenhang bereits ein Betrag von 328 TEUR der Sicherheitsrücklage zugeführt wurde.

Posten 9: Nachrangige Verbindlichkeiten

Für nachrangige Verbindlichkeiten sind im Berichtsjahr Zinsen in Höhe von 9 TEUR angefallen.

Folgende nachrangige Verbindlichkeit übersteigt 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten:

Betrag in TEUR	Zinssatz %	Fällig am
150	3,4	22.04.2018

Vorzeitige Rückzahlungsverpflichtungen bestehen nicht. Eine Umwandlungsmöglichkeit in Kapital oder andere Schulformen ist nicht vereinbart.

Die Mittelaufnahme ist mit 3,4 % verzinslich.

Die Ursprungslaufzeit beträgt 8 Jahre.

Im Folgejahr werden aus diesen Mittelaufnahmen zur Rückzahlung fällig 150 TEUR.

Posten unter dem Bilanzstrich

Bei den unter Posten 1b) unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten handelt es sich um übernommene Bürgschafts- und Gewährleistungsverpflichtungen. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen unserer Kreditrisikomanagementprozesse gehen wir für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen werden. In den letzten Jahren haben sich zudem nur unbedeutende Ansprüche Dritter ergeben.

Für die Darlehensschuld eines Dritten mit unbestimmter Laufzeit haftet die Sparkasse anteilig für den Zinsdienst (derzeit 5,135 % auf einen Kapitalbetrag von 3.210 TEUR) und für ggf. anfallende Steuern sowie ggf. Kosten.

Durch die künftige Inanspruchnahme der unter Posten 2c) ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen entstehen nach den Erkenntnissen des Bilanzstichtages werthaltige Forderungen. Insoweit bestehen auch hier keine Anhaltspunkte dafür, dass sich mit einer Inanspruchnahme seitens der Kreditnehmer bereits Vermögensbelastungen der Sparkasse verbinden. Sollte im Ausnahmefall aus einer Eventualverbindlichkeit ein Verlust drohen, werden hierfür Rückstellungen gebildet und die unter der Bilanz ausgewiesenen Beträge entsprechend gekürzt.

RESTLAUFZEITENSPIEGEL *

Posten der Bilanz	RESTLAUFZEIT (Beträge in TEUR)				
	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	mit unbestimmter Laufzeit (A4) bzw. im Folgejahr fällig werdend (A 5)
Übersicht					
Passiva 1 b) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	632	1.709	18.284	10.703	-
Passiva 2 a ab) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	82	126	402	36	-
Passiva 2 b bb) andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	4.442	5.861	6.984	3.007	-

* Von der Ausnahmeregelung nach § 11 Satz 3 RechKredV wurde Gebrauch gemacht.

D. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Posten 1: Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften

In den Zinserträgen sind periodenfremde Erträge von 555 TEUR enthalten; es handelt sich dabei überwiegend um Vorfälligkeitsentgelte aus Kundengeschäften.

Posten 3a: Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren

Enthalten sind Erträge aus Investmentfondsanlagen in Höhe von 112 TEUR, resultierend aus außerplanmäßigen Ausschüttungen aufgrund des Investmentsteuerreformgesetzes.

Posten 8: Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind 470 TEUR an Mieterträgen enthalten. 840 TEUR betreffen periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Posten 10: Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Der Posten enthält periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 913 TEUR. Sie resultieren weitestgehend aus der Zuführung zu den Rückstellungen für Pensionen (656 TEUR) und zu Beihilferückstellungen (239 TEUR).

Posten 12: Sonstige betriebliche Aufwendungen

Von den unter sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesenen Einzelposten betreffen 607 TEUR eine Sonderumlage an den Sparkassenverband Niedersachsen (SVN).

Posten 25: Jahresüberschuss

Die in früheren Jahren vorgenommenen Sonderabschreibungen (ZRFG und § 6b EStG) verringern die Höhe der planmäßigen Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen. Hierdurch hat sich das Jahresergebnis um 10,3 % erhöht.

Posten 30: Bilanzgewinn

Der Verwaltungsrat wird den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 in seiner für den 24. Mai 2018 vorgesehenen Sitzung feststellen. Der Vorschlag für die Verwendung des Ergebnisses sieht vor, den Bilanzgewinn von 329.595,16 EUR der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

E. SONSTIGE ANGABEN

Gegenüber dem Einlagensicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe bestehen unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 27 TEUR, für die Vermögensgegenstände übertragen sind.

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsregelungen zwischen Handels- und Steuerbilanz bestehen zum 31.12.2017 Steuerlatenzen. Dabei wird der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen in Höhe von 221 TEUR durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt. Eine passive Steuerabgrenzung war demzufolge nicht erforderlich, auf den Ansatz aktiver latenter Steuern wurde verzichtet. Die wesentlichen künftigen Steuerbelastungen resultieren aus bilanziellen Ansatzunterschieden bei den Sachanlagen. Die zum Ausgleich der künftigen Steuerbelastungen benötigten absehbaren künftigen Steuerentlastungen ergeben sich aus unterschiedlichen bilanziellen Ansätzen bei den Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden und Rückstellungen. Die Ermittlung der Differenzen erfolgte bilanzpostenbezogen und unter Zugrundelegung eines Steuersatzes von 29,96 %.

Für Abschlussprüfungsleistungen der Prüfungsstelle des Sparkassenverbandes Niedersachsen sind im Geschäftsjahr 2017 191 TEUR aufgewendet worden. Auf andere Bestätigungsleistungen des Abschlussprüfers entfielen 18 TEUR.

Organe der Sparkasse

Verwaltungsrat:

Vorsitzender:

Bernhard Reuter, Landrat

Mitglieder:

Klaus Becker, Bürgermeister (1. stellv. Vorsitzender)

Dr. Thomas Gans, Bürgermeister (2. stellv. Vorsitzender)

Andreas Körner, Rechtsanwalt

Herbert Lohrberg, Berufssoldat a. D.

Susanne Mackensen-Eder, Dipl. Ing. Fachrichtung Maschinenbau

Martin Rieth, Angestellter im IT-Bereich

Raymond Rordorf, Dozent in der Erwachsenenbildung

Horst Tichy, Rechtsanwalt und Notar

Peter Wendlandt, Lehrer a. D.

Beschäftigtenvertreter:

Thomas Ahrens, Sparkassenmitarbeiter

Hartmut Böcker, Sparkassenmitarbeiter

Andrea Mogge, Sparkassenmitarbeiterin

Carsten Oppermann, Sparkassenmitarbeiter

Bettina Unger, Sozialversicherungsfachangestellte

Vorstand:

Thomas Toebe, Vorstandsvorsitzender

Ralf Kröger, Vorstandsmitglied (bis 20.10.2017)

Uwe Maier, Vorstandsmitglied (ab 01.02.2018)

Vorstandsvertreter:

Im Falle der Verhinderung wird der Vorstand vertreten durch: Veit Herrmann

Die Gesamtbezüge des Vorstands betragen im Geschäftsjahr 532 TEUR, die Aufwandsentschädigung des Verwaltungsrates 97 TEUR.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und ihren Hinterbliebenen sind zum 31.12.2017 7.010 TEUR zurückgestellt; die laufenden Bezüge betragen im Geschäftsjahr 495 TEUR.

Die Kredite an den Vorstand betragen 0 TEUR, an die Mitglieder des Verwaltungsrates 266 TEUR.

Wir beschäftigten im Jahresdurchschnitt:

	2017 gesamt	2016 gesamt
Vollzeitbeschäftigte	119	120
Teilzeitbeschäftigte	77	77
	<hr/>	<hr/>
	196	197
Auszubildende	13	13
	<hr/>	<hr/>
	209	210

Osterode am Harz, 02. März 2018

Sparkasse Osterode am Harz

Der Vorstand

Thomas Toebe

Uwe Maier

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2017 („Länderspezifische Berichterstattung“)

Die Sparkasse Osterode am Harz hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparkasse Osterode am Harz besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparkasse Osterode am Harz definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 25.928 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt im Jahresdurchschnitt 163.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 2.699 TEUR.

Die Steuern auf den Gewinn betragen 2.307 TEUR. Die Steuern betreffen laufende Steuern.

Die Sparkasse Osterode am Harz hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparkasse Osterode am Harz

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparkasse Osterode am Harz - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Sparkasse Osterode am Harz für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditinstitute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Sparkasse zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Sparkasse unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchstabe f) EU-APrVO i. V. m. § 340k Abs. 3 HGB, dass alle von uns beschäftigten Personen,

die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Forderungen an Kunden
2. Bewertung der Beteiligung am Sparkassenverband Niedersachsen

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir wie folgt aufgebaut:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

1. Bewertung der Forderungen an Kunden

a) Für die Sparkasse stellen die Forderungen an Kunden ein maßgebliches Geschäftsfeld dar. Durch Wertberichtigungen im Kundenkreditgeschäft können sich wesentliche Auswirkungen auf den Jahresabschluss insbesondere auf die Ertragslage der Sparkasse ergeben. Bei der Bewertung einzelner Kundenforderungen ist das Adressenausfallrisiko des Kreditnehmers, d. h. insbesondere die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Kreditnehmer seinen vertraglichen Leistungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann (Ausfallwahrscheinlichkeit), maßgeblich. Die Sparkasse bewertet ihre Kundenforderungen mit den in der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringssystemen. Zur Bestimmung des Kreditrisikos werden die Kreditnehmer entsprechend ihrer individuellen Ausfallwahrscheinlichkeit einzelnen Ratingklassen zugeordnet. Bei der Beurteilung der Ausfallwahrscheinlichkeit bestehen allerdings Ermessensspielräume. Daneben ist die Bewertung der Sicherheiten von besonderer Bedeutung. Dabei haben einzelne Bewertungsparameter bedeutsame Auswirkungen auf den Ansatz der Sicherheiten und damit ggf. auf die Wertberichtigungen und die Höhe der Forderungen.

b) Wir haben im Rahmen unserer vorgezogenen Prüfung die von der Sparkasse eingerichteten Prozesse zur Bewertung der Kundenforderungen nachvollzogen. Die relevanten Kreditprozesse sowie die Ausgestaltung und Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems haben wir auf Basis der Organisationsrichtlinien beurteilt. Daneben haben wir Prüfungshandlungen zur Wirksamkeit dieser Prozesse vorgenommen. Bei einer risikoorientierten Einzelfallprüfung von Kundenkreditengagements haben wir anhand der vorliegenden Unterlagen die von der Sparkasse vorgenommene Beurteilung des kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisikos sowie die Bewertung der Kreditsicherheiten bei ausfallgefährdeten Forderungen und der dabei zugrunde gelegten Bewertungsparameter gewürdigt. Die vom Vorstand zur Bewertung der Forderungen eingerichteten Kreditprozesse sind angemessen und wirksam.

c) Informationen zur Bewertung der Forderungen an Kunden sind im Anhang zum Jahresabschluss in den Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden enthalten. Darüber hinaus verweisen wir auf die Darstellung im Lagebericht (Abschnitt Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage; Ertragslage).

2. Bewertung der Beteiligung am Sparkassenverband Niedersachsen

a) Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 werden Beteiligungen mit Buchwerten in Höhe von 7,2 Mio. EUR ausgewiesen. Die Buchwerte entfallen im Wesentlichen auf die Beteiligung der Sparkasse am Sparkassenverband Niedersachsen. Dieser hält u. a. eine Beteiligung an der Norddeutschen Landesbank Girozentrale. Für die Bewertung der Beteiligung ist es erforderlich, auf Bewertungsmodelle zurückzugreifen, da weder für die unmittelbare Beteiligung noch für die mittelbaren Beteiligungen regelmäßig beobachtbare Marktpreise vorliegen, die zu einer Wertfindung beitragen. Da die in die Bewertung einfließenden Parameter die Wertermittlung wesentlich beeinflussen, war dieser Sachverhalt angesichts der Höhe des Beteiligungsbuchwerts im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

b) Im Rahmen der Prüfung haben wir die Vorgehensweise des Vorstands der Sparkasse nachvollzogen und das Interne Kontrollsystem der Sparkasse zur Bewertung der Beteiligung beurteilt. Die für die Bestimmung des Wertansatzes herangezogenen Unterlagen haben wir in Bezug auf deren Eignung, Aktualität, Methodik und ihrer Nachvollziehbarkeit der Wertermittlung gewürdigt. Damit einhergehend haben wir uns ein Verständnis über die der Wertermittlung zugrunde liegenden Ausgangsdaten der Unternehmensplanung, der Wertparameter sowie der getroffenen Annahmen verschafft, diese kritisch gewürdigt und beurteilt, ob sie in vertretbaren Bandbreiten liegen. Die vom Vorstand angewandten Bewertungsparameter und -annahmen konnten von uns nachvollzogen werden und liegen innerhalb vertretbarer Bandbreiten.

c) Informationen zur Bewertung der Beteiligungen und zur Beteiligung der Sparkasse am Sparkassenverband Niedersachsen sind im Anhang zum Jahresabschluss in den Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und zum Bilanzposten Aktiva 7 enthalten. Darüber hinaus verweisen wir auf die Darstellung im Lagebericht (Abschnitt Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage; Ertragslage).

Verantwortung des Vorstands und des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Der Vorstand ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditinstitute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse vermittelt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der Vorstand dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Sparkasse zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der Vorstand verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Sparkasse zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten

deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Vorstand dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Sparkasse zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Sparkasse ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den

tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Sparkasse.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den vom Vorstand dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben vom Vorstand zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Verwaltungsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im Internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Verwaltungsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Verwaltungsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind nach § 23 Abs. 2 Satz 1 des Niedersächsischen Sparkassengesetzes i. V. m. § 340k Abs. 3 Satz 1 HGB gesetzlicher Abschlussprüfer der Sparkasse.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserem Bericht nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) im Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Matthias Brambrink.

Hannover, den 5. März 2018

Prüfungsstelle des
Niedersächsischen
Sparkassen- und Giroverbandes

Matthias Brambrink
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat hat sich anhand der mündlichen und schriftlichen Berichte des Vorstandes laufend über die Lage und die Entwicklung der Sparkasse unterrichtet. Er überwachte in geeigneter Weise die Geschäftsführung des Sparkassenvorstandes.

Die Prüfungsstelle des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes hat den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Jahr 2017 geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Verwaltungsrat billigt den Lagebericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2017. Er hat von dem schriftlichen und mündlichen Bericht der Prüfungsstelle des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes Kenntnis genommen und daraufhin den Jahresabschluss 2017 in der geprüften Fassung festgestellt. In Übereinstimmung mit dem Vorschlag des Vorstandes wurde beschlossen, den Bilanzgewinn in Höhe von 329.595,16 EUR der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Osterode am Harz, 24. Mai 2018

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates

Bernhard Reuter
Landrat